

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Zeitspalte oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Freitag, den 20. September 1918.

25. Jahrg.

Wie bezahlen wir den Krieg?

Auf den Kriegsschauplätzen verbluten Europas beste Kräfte. Eine Epoche höchstentwickelter kapitalistischer Entwicklung wird damit zu Grabe getragen. Über hinter den Fronten vollzieht sich in unblütiger, jedoch nicht minder revolutionärer Weise ein wirtschaftspolitischer Umschwung. Während in Rußland der Bürgerkrieg nicht bloß politischer Umgruppierungen wegen, sondern im tieferen Sinne um die Lebensfähigkeit einer sprunghaft erzwungenen sozialistischen Wirtschaftsweise wütet, entwickelt sich in Deutschland, England und Frankreich der Umbildungsprozeß von der „freien Wirtschaft“ zur staatskapitalistischen Betriebsform mit staatssozialistischen Umdeutungen.

Was unterscheidet den Staatskapitalismus vom Staatssozialismus? Ersterer bezweckt, den Unternehmergewinn für fiskalische Zwecke abzuleiten, ohne im Verhältnis der Aneignung des Mehrwerts und seiner Erzeugung Wesentliches zu ändern. Vielmehr sollen durch ihn die Grundlagen der kapitalistischen Warenproduktion erhalten, ja oft noch mehr gefestigt werden. Die Kriegswirtschaft liefert unzählige Beispiele, wie der direkte und indirekte Staatsbetrieb mit dem System von Höchstpreisen — sie sind eigentlich Unterpreise — den Unternehmergewinn maßlos zu steigern versteht. Doch sind diese Erscheinungen der Kriegszeit nicht unbedingt und untrennbar mit den vielerlei Arten des Staatskapitalismus: den unmittelbaren Staatsbetrieben und Monopolen, gemischt wirtschaftlichen lei Arten des Staatskapitalismus: den unmittelbaren Staatsbetrieben und Monopolen, gemischt wirtschaftlichen Betrieben, Anteilen an syndizierten Zusammenschlüssen usw. verbunden.

Erst durch das Hinzutreten eines neuen sozialwirtschaftlichen Momentes erhält der Staatskapitalismus einen staatssozialistischen Anstrich. Wenn nämlich der Staatunternehmer den Boden rein kapitalistischer Mehrwertsverwertung verläßt, und der von Lassalle besonders betonten sittlichen Idee des Staates näher tritt. Das kann, um nur ein Beispiel anzuführen, geschehen durch Aufgabe der Basis aller kapitalistischen Produktion, des freien Spiels der Kräfte, des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Die Einführung eines Minimallohnes, eine erhöhte, und zwar variable Quote des Anteils der Arbeiterklasse am Produkt in der Gestalt besserer Löhne und Arbeitsbedingungen, könnte unzweifelhaft als ein Schritt vom Staatskapitalismus zum Staatssozialismus angesehen werden. Der Unterschied zwischen beiden besteht eben nur dem Grade nach und ist keineswegs prinzipieller Natur.

Von größter Bedeutung erscheint es nun, wenn in dem Lande mit breiter kapitalistischer Basis, England, der Empore des Freihandels, der größte Sprung aus dem „Paradies der Freiheit“ in den Zwangsstaat ausgeführt werden muß. Wie haben sich die Verhältnisse dort in den vier Kriegsjahren geändert! Der

englische „Nachwächterstaat“

wandelt sich in eine Zwangsorganisation. An Stelle der Grundlage englischer Wirtschaftspolitik, dem Freihandelsystem, treten protektionistische Ziele. Das Söldnerheer muß der allgemeinen Wehrpflicht weichen und „Englands Nebel durchdringt die Freiheit“ — wie Büchner vor bald hundert Jahren in der Grabrede auf Jean Paul rühmend betonen durfte — nicht mehr.

Schon gleich nach Kriegsausbruch sind in der Hochburg des Individualismus einschneidende Maßnahmen getroffen worden, wie man sie ein Jahr vorher für undurchführbar gehalten hätte. So die Beschlagnahme der Fabriken für die Kriegsdauer, die Begrenzung der Unternehmergewinne auf den Friedensstand, worauf bald die Erhöhung der nominellen Steuerrate von 1 Schilling auf 3 Schilling und 5 Schilling vom Pfund — das sind 25 Prozent des reinen Einkommens — folgte. Doch darf hierbei nicht vergessen werden, daß ein Arbeitseinkommen bis zu ungefähr 2600 Mark steuerfrei bleibt und die Staffellung des Besitzes wie alles höhere Einkommens eine Besteuerung bis zu 47 Prozent zustande bringt.

Bei alledem ist durch die längere Dauer des Krieges auch in England an ein Füllen des Danaidenfasses nicht zu denken. Und man zerbricht sich jenseits des Kanals mehr den Kopf als bei uns, mit welchen Mitteln die ungeheuerlichen, bald nicht mehr vorstellbaren Summen gedeckt werden sollen. Unter den mancherlei Vorschlägen verdient eine Verhandlung der Gesellschaft der Fabrier:

Wie bezahlen wir den Krieg?

unsere besondere Beachtung, weil sie unbeschadet ihrer Anpassung an englische Verhältnisse als ein staatssozialistisches Pronuntiament anzusehen ist. Die 1885 gegründete Gesellschaft — es gehören ihr auch Bernard Shaw und Spedney Webb an — unterscheidet sich von der Sozialdemokratie durch ihre politische Abstinenz. Getreu ihrem, dem in den Römischen Kriegen hervortragenden römischen Feldherrn Fabius Cunctator, dem „Zögernden“, entlehnten Namen, hat sie vom Beginn ihrer Tätigkeit an den Sozialismus nur vermittelt ihrer Schriften in den Mittelklassen Eingang zu schaffen gesucht. Ihre Propaganda trug immer einen staatssozialistischen Charakter, da sie die Taktik, dem englischen

Volke den Sozialismus in homöopathischen Dosen beizubringen, für die richtige hielt.

Die Bedeutung der auch in deutscher Uebersetzung jetzt bei Dunder & Humblot erschienenen Schrift der Fabrier besteht weniger in der Betonung eines Prinzips oder einer Gesinnung, als in dem Mut, mit dem dem finanziellen Problem gegenübergetreten wird. Alle überkommenen finanzwirtschaftlichen Systeme, ja sogar die Frage der direkten und indirekten Steuern verschwinden gegenüber den Anforderungen, die an die wirtschaftliche Kraft des Staates gestellt werden. — Sie zu befriedigen, dient in erster Reihe die Forderung einer Erweiterung der direkten Steuer auf das Einkommen. England hat bisher den größeren Teil der Kriegskosten auf diesem Wege gedeckt und aller Wahrscheinlichkeit wird der schon vor längerer Zeit von Lord Courtney im Oberhaus verkündete Satz einer

Steuer von 80 Prozent des Einkommens

der oberen Zehntausend seiner Verwirklichung nahekommen. Wie sehr man sich in England an eine fast bis zur Enteignung gehende Ausbildung der direkten Besteuerung gewöhnt hat, zeigt diese kleine Tabelle der Besteuerung mittlerer Einkommen für 1916/17:

Steuer auf Arbeitseinkommen	Steuer auf Besitz Einkommen
von 8 000 M. = 7,4 %	von 8 000 M. = 10,5 %
„ 12 000 „ = 8,7 %	„ 12 000 „ = 14,3 %
„ 20 000 „ = 10,5 %	„ 20 000 „ = 17,5 %

Seit April 1916 sind die größeren Einkommen noch stärker herangezogen, so daß auf 100 000 Mark 30 Prozent, auf 400 000 Mark 47 Prozent entfallen. Die deutsche Uebersetzerin der Schrift, Frau Jaffe-Richtshofen, weist in der Vorrede mit Recht darauf hin, wie sehr die „Angstlichkeit“ der deutschen Finanzpolitik dagegen absteht. So hört in Preußen die Steigerung des Steuerfußes bei 100 000 Mark auf. Das gleiche ist bei den Kriegszuschlägen der Fall. In England fängt also das rechte Ersacken der Einkommen dort erst an, wo es in Preußen schon aufhört. Ein Teil der Fabrierorschläge, wie Abgrenzung der Veranlagung zwischen Bedigen und Verheirateten, kinderlosen und kinderreichen Familien ist in der neuern deutschen Steuergelehrte (Bayern) bereits verwirklicht oder geht seiner Verwirklichung entgegen.

Tragen die Vorschläge der Fabrier hinsichtlich der Einkommensteuer keinen eigentlich staatssozialistischen Charakter, so ist das um so mehr bei dem übrigen Teil ihres Programms der Fall. Allein für englische Verhältnisse und Verhältnisse von Bedeutung ist die Forderung der Verstaatlichung der Post und der Eisenbahnen. Hierin sind wir England ja um mehrere Meilen voraus. Dagegen verdienen zwei andere Forderungen Beachtung: die Verstaatlichung der Kohlenverföhrung und der Lebensversicherung. Der Schwerpunkt beider Forderungen liegt hier in der Versorgung, also im allgemeinen Interesse, trotzdem bei der Lebensversicherung ebenfalls auf neue, nicht zahlenmäßig berechnete Einnahmequellen zur Deckung der Kriegsschulden hingewiesen wird. Die Verstaatlichung der Kohlengruben ist mit einem Uebernahmefinanzkapital von ungefähr 3 Milliarden Mark errechnet, das durch Ausgabe besonderer „Staatsnoten“ beschafft und bis zum Jahre 2000 getilgt werden soll. Besonders betont wird die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Kohlenverföhrung mit dem beständigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Die Umbildung der Bergleute aus unzufriedenen Lohnarbeitern in Staatsangestellte, die den Machenschaften der Unternehmer entriickt sind, wird eingehend durch Tatsachen begründet. Ebenso findet die Ausbeutung der Verbraucher durch den Zwischen- und Kleinhändler zahlenmäßige Beleuchtung. Wie wenig erfreulich die Arbeitsbedingungen trotz der alten Organisationen der Bergarbeiter sind, geht daraus hervor, daß ihr Durchschnittseinkommen (Zugelöhne und Aste, Frauen und Männer) nicht mehr als 1600 Mark beträgt.

Von großem Interesse ist die Begründung der Verstaatlichung der Lebensversicherung. Sie ist wiederholt auch in Deutschland als geeignetestes Monopolprojekt verlangt worden, in den maßgebenden Kreisen, auch in den Volksvertretungen, hat sie jedoch kein Echo gefunden, trotzdem ihre Ausführung die geringsten Schwierigkeiten bietet. Es handelt sich bei diesem Monopol ja nur um die Uebernahme eines verwaltungstechnischen Apparates, der in Deutschland auf die leichteste Weise durch Angliederung an die staatliche Invaliden- und Krankenversicherung erfolgen könnte. Die Fabrier motivieren den Verstaatlichungsplan aber nicht mit dem für deutsche Verhältnisse zutreffenden hohen Rentabilitätsstand dieser Unternehmungen, sondern mit der Gefahr, die den Verjährten infolge der hohen Einkommensteuern droht. Sie wird die Hälfte der Zins-einnahmen der englischen Gesellschaften verfalligen.

Es ist hier nicht der Ort, des näheren auf die Berechnungen einzugehen. Sie mögen im einzelnen nicht immer zutreffen und von Fachleuten als „dilettantisch“ abgetan werden. Aber was an ihnen lehrreich und beachtenswert erscheint, ist die Kühnheit, mit der nach Mitteln und Wegen gesucht wird, auf der Weltkatastrophe ein neues Wirtschaftssystem aufzubauen.

Von solchem Wagemut findet sich leider in Deutschland keine Spur. Wir leiden immer noch an dem auf der falschen Berechnung einer kurzen Kriegsdauer aufgebauten „System Helfferich“ und dem Bleigewicht der Unfähigkeit, ein ein-

heitliches Finanzsystem aufzustellen. Daran hindert uns die sogenannte „Finanzhoheit“ der Bundes-Länderstaaten. Weshalb es lehrreich bleibt, zu wissen, wie man in dem nach den Dogmen der Alldeutschen dem Untergang geweihten England den großen Zeitproblemen nähertritt.

Neue Throne oder neue Volksrechte?

Von Philipp Scheidemann.

Die Welt ächzt in allen Zugen. Der Blutstrom steigt von Tag zu Tag. In zermürbender Sorge hangen Millionen und aber Millionen von Frauen — in allen Ländern! — um ihre Männer und Söhne. Werden sie überhaupt wiederkehren? Und wenn ja, wie werden sie zugerichtet sein?

Im stillen Kämmerlein aber sitzt da ein Landgraf und lernt Finnisch, damit er wenige Sätze in der Muttersprache der Finnen herjagen kann, wenn er sich ihnen über kurz oder lang als angestammter Landesvater vorstellen wird. Ganz offen heraus gesagt: es ist ja bald los, daß der gleiche Überhaupt möglich ist! Der Herr Landgraf geht freilich „auf eigene Rechnung und Gefahr“ in das Abenteuer — das Reich engagiert sich nicht für ihn, „weder jetzt, noch in Zukunft“. So ist dem Schwager des Kaisers angeblich klar und deutlich in Berlin gesagt worden. Diese Erklärung ist aber offenbar ungenügend gewesen, denn sie hat den Fürsten von seiner Bereitwilligkeit, König von Finnland zu werden, nicht abgebracht. Es muß ganz unzweideutig gesagt werden, daß es sich hier um mehr als um ein persönliches Abenteuer handelt, nämlich um den Anlaß zu einem neuen Bürgerkrieg, vielleicht sogar zu neuem Weltbrand! Die Finnen wollen nichts von Ihnen wissen, Herr Landgraf, lassen Sie sich das gesagt sein! Die Unglücksraben, die Ihnen die Finnentrone angeboten haben, haben das finnische Volk nicht hinter sich, sondern geschlossen gegen sich.

Daß es die Reichsregierung nicht verstanden hat, dem Landgrafen von seinem Vorhaben abzubringen, zeigt nicht für klares Erkennen der politischen Situation, nicht für entschlossene Tatkraft. Die Regierung hat es nicht auf einen Konflikt mit den Mächten ankommen lassen wollen, die dem Handel mit den Herzogshüten eröffnet und die Königs-Tragikomödie eingefädelt haben. Nun wird sie, wenn nicht alle Angelegenheiten, den Konflikt mit anderen Stellen auszuweichen haben. Diese mit Betriebsamkeit zu etablierenden Thronwägen, der Handel mit den Herzogshüten usw. hätten in unserer Regierung die heftigste Gegenwehr finden müssen! Die Mehrheit des Reichstages wird hoffentlich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie gründlich sie den östlichen Mummenschanz verurteilt.

Weder bei uns, noch im Osten wollen die Völker etwas wissen von Erweiterung der bestehenden oder gar von Errichtung neuer Herrschaftsrechte; hier wie dort will man dagegen die Volksrechte erweitern und sichern. Die Völker wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Deshalb wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. Deshalb soll und muß — wie die Gleichheit vor dem Gesetz — auch die vollkommene politische Gleichberechtigung eingeführt werden! Gleiches Wahlrecht! Das muß das Grundrecht aller Völker sein, also auch des preussischen Volkes!

Unsere Regierung stellt das preussische Volk auf eine harte Probe. Im fünften Jahre tobt der blutige Krieg, ist dem von allen Volksgenossen die gleiche Opfer verlangt werden und in dem das schaffende Volk, die Arbeiter, die Kleinbürger, die Kleinbauern und die Angestellten, die schwersten Opfer auch bringen. Trotzdem sieht die Regierung monatelang tatenlos zu, wie die preussischen Edelsten und Besten dieses wunderbar schaffende und duldbare Volk geradezu verhökern. Es ist erschreckend, mit wieviel Verständnis für dynastische Sonderwünsche und mit wieviel Verständnis für die Bedürfnisse der preussischen Privilegierten die Regierung operiert; aber es ist unbegreiflich, daß sie mit so wenig — oder besser gesagt — ohne Verständnis den großen Massen des Volkes gegenübersteht.

Ist denn die Regierung vollkommen mit Blindheit gesegnet? Was soll den geschehen, wenn die Entente unter keinen Umständen gewillt ist, Frieden mit uns zu machen? Wenn sie entschlossen ist, den Krieg selbst dann fortzusetzen, wenn alle unsere Eroberungsschwärmer als erledigt gelten können? Wenn kein Mensch mehr an dem entschlossenen Willen des Reichstages zweifeln kann, einen wirklichen allgemeinen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu schließen? Was soll geschehen, wenn trotz der Bereitschaft der Zentralmächte, durch einen wirklich demokratischen Frieden dem Gemisch ein Ende zu machen und durch Abrüstungs- und Bündnisverträge für alle Zukunft Kriegen vorzubeugen, die Entente den Frieden nicht will? Was soll geschehen, wenn die Geenen unter keinen Umständen zu einem Frieden der Verständigung bereit sein sollten, weil sie uns niederzwingen wollen, um uns dann den Frieden, wie ihn ihre Gewaltpolitiker wünschen, diktieren zu können? Was dann?

Dann kann es doch nur eines geben: die restlose Organisierung der nationalen Verteidigung, d. h. die Mobilisierung der letzten Kraft, die Anspannung des letzten Hauches an die Verteidigung der Heimat! Dann wäre der Augenblick gekommen, in dem jeder erkennen wird, daß es um Tod und Leben, um Ehre und Freiheit, um die Zukunft unseres Volkes, um das Schicksal unserer Kinder und Kindeskinde geht. Würde dann diese nationale Verteidigung organisiert werden können von einer Regierung, die allen Konflikten mit Politik treibenden militärischen Stellen ängstlich aus dem Wege gegangen ist? Die von den Russen besetzten Polen, Litauer, Kurländer, Esten, Livaländer und Finnen durch ihre kurzfristige Politik geradezu gegen uns mobilisiert hat? Die dem finnischen Königsspiel ebenbürtig tatenslos zuschaut wie der Affenkönig, die mit dem preussischen Wahlrecht getrieben wird?

Ach, wir haben die Einwände, warum man aus verfassungsrechtlichen und anderen Gründen und Ermägungen so und nicht anders verfahren ist, bis zum Ueberdruß gehört. Unser aus tausend Wunden blutendes Volk, das um seine Existenz ringt, will aber nichts wissen von diesen Ermägungen. Das Recht, das für alle gleiche Recht liegt sonnenklar zutage. Man braucht es nur zu heben. Deshalb her damit! Je schneller es unser ist, um so eher wird auch der Tag des Friedens kommen. Kein Mensch sollte darüber im Zweifel sein, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen ein mächtiger Hebel für das Friedenswerk ist. Die das gleiche Wahlrecht bisher hintertrieben haben, befaßten sich mit der gleichen Blutschuld, wie die Eroberungsschwärmer, die den feindlichen Kriegsheern immer wieder das Wasser auf die Mühlen leiteten. Daß unsere „Groberer“ zumeist identisch sind mit den Wahlrechtsfeinden, ist kein Zufall. Den Einfluß dieser privilegierten Volkseinde endgültig zu brechen, ist ein dringendes Gebot der Stunde.

Was der Krieg bringt.

Die Burian-Note.

Eine amtliche Wiener Verlautbarung äußert sich zu den aus dem Ausland vorliegenden Meldungen zu der österreichisch-ungarischen Note: Die Ablehnung könne kaum mehr als zweifelhaft sein. Die offizielle Antwort auf die Note liege allerdings bisher noch nicht vor. Daher könne in eine Erörterung der Gründe, welche die Entente-Regierungen zu dieser Haltung bestimmten, im gegenwärtigen Augenblick noch nicht eingetreten werden. Nur von Balfour liege bisher eine ausführliche Behandlung der österreichisch-ungarischen Anregung vor. Gerade seine Argumentation sei aber bereits ein Beweis dafür, wie richtig der Vorschlag Burians die Situation erfaßt habe und wie das Eingehen auf dessen Gedankengänge die bis heute allerseits herrschende Verwirrung der Geister zu meistern vermöchte. Wenn die Friedensfrage von Balfour — und das gleiche gelte für die hierüber im französischen Senate geführten Debatten — unter dem Druck der großen Schlagworte und aufgeregten Leidenschaften besprochen werde, dann könne sie allerdings keine gedehlichen Fortschritte machen. Die Verlautbarung geht dann näher auf Balfours Äußerungen ein und schließt mit der Bemerkung, daß der Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung aufrechterhalten bleibe.

Die italienische Regierung setzt sich aufs hohe Pferd. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Bis jetzt hatte die italienische Regierung von der österreichischen Friedensnote nur Kenntnis aus den Veröffentlichungen der Telegraphenagenturen. Wenn indes der von dem Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau verbreitete Text genau ist, so muß die italienische Regierung betonen, daß der österreichische Vorschlag darauf abzielt, einen Vorwand für die Friedensverhandlungen zu schaffen ohne irgend welche greifbare Unterlage, ohne die Wahrscheinlichkeit des tatsächlichen Erfolges. Die neuerlichen Erklärungen der österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsmänner, die jedes Zugeständnis ausschließen und die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest als endgültig bestätigten möchten, machen jede zweckdienliche Eröffnung der Verhandlungen unmöglich. Die Entente und die Vereinten Staaten ließen ihre lebhafteste Bereitwilligkeit zu einem gerechten Frieden offen erkennen und gleichzeitig auch die wesentlichen Grundlagen, auf denen dieser Friede aufgebaut sein muß. Ueber diese Punkte sagt die österreichische Note nicht ein Wort, besonders auch darüber nicht, was sich auf die unmittelbaren italienischen Ansprüche bezieht. Diese sind der österreichischen Regierung wohl bekannt, ebenso wie sie von den Alliierten anerkannt wurden. Sie schließen in sich die Erfüllung der völkischen Einheit durch die Freigabe jener italienischen Volksstämme ein, die bis jetzt unter Oesterreich standen, sowie die Verwirklichung der Bedingungen, die für Italiens Sicherheit unumgänglich notwendig sind. So lange die österreichische Regierung nicht zeigt, daß auch sie diese besonderen Ziele anerkennt, ebenso wie die anderen allgemeinen und besonderen Ziele, für die die Alliierten vereint kämpfen, so lange wird Italien nicht vom Kampf ablassen, um die Menschheit zu einer besseren geschützten Grundlage zu führen durch einen dauerhaften Frieden, der auf Freiheit und Gerechtigkeit errichtet ist.

Nach der amerikanischen Ablehnung ist, wie das „Berliner Tagblatt“ ausführlich, die Burian-Note gegenstandslos geworden, denn es sei klar, daß es dabei nur auf Wilson ankomme. Räte Wilson seinen schonen Reden getreu als Friedensfreund aufgetreten, hätte die Entente gar nicht gewagt, etwas dagegen zu sagen. Die juchende Verantwortung solle somit auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Fehler sei endlich gefallen. Die Welt erkenne, daß Amerika die Vernichtung zweier großer europäischer Völker sich zum Ziele genommen hat.

Während also die Staatsmänner, die heute leider noch immer die Gesetze ihrer Völker zu lenken haben und jeder Menschlichkeit zum Hohn das furchtbare Blutvergießen fortsetzen wollen, sich gegenüber dem Wiener Vorschlag kritiklos ablehnend verhalten, köhnt der letztere bei den Arbeiterführern in Frankreich und England doch nicht an heimatlichen Boden gefallen zu sein. „Daily Chronicle“ meldet: Henderson bezeichnet die österreichische Friedensnote als die Demotisation der Welt. Er glaubt aber nicht, daß der österreichische Schritt zum Ziele führen werde, weil Lloyd George und Clemenceau jenerlei Versicherungen vor dem Parlament abgegeben, daß die Entente unter allen Umständen einen vollen Sieg über ihre Gegner davontragen und der Friede im kommenden Jahre bestimmt erreicht werde. — Derartige jenerlei Versicherungen sollten für die Völker nicht bindend sein.

Der Schweizerische Pressegraph meldet aus Paris: Die Ablehnung der österreichischen Note dürfte doch nicht so ganz ohne weitere Schwierigkeiten vonstatten gehen, wie Clemenceau anzunehmen scheint. Die Mehrheitssozialisten enthalten eine ungenügende Agitation zur genauen Prüfung der Einladungen Burians. Soweit dabei die Presse benutzt wird, versucht die Zentralenergie entgegenzuwirken. Ein Artikel des „Populaire“, der verlangt, daß die Note beantwortet werden soll und die einzelnen

Punkte einer solchen Antwort erwägt, wurde von der Zensur unterdrückt. Das Blatt der Mehrheitssozialisten läßt sich trotzdem nicht abhalten, heute zu wiederholen, daß die Stunde für den Frieden gekommen sei. Das Blatt schreibt wörtlich: „Die Zentralmächte haben in jeder Hinsicht dem offenen und massierten Militarismus entsagt und sich zur Idee des Völkervertrages bekehrt. Die Gelegenheit ist da, die Aufrichtigkeit der Zentralmächte auf die Probe zu stellen.“ Der „Populaire“ kündigt wiederholt an, die Friedensfrage werde den ersten Programmpunkt des nahe bevorstehenden sozialistischen Parteitages bilden.

Die Kämpfe im Westen.

Der deutsche Abendbericht.

W.B. Berlin, 19. September, abends. (Amtlich.) Auf der gestrigen Schlachtfront zwischen dem Balde von Havincourt und der Somme beschränkte sich der Engländer auf heftige Teilangriffe, die überall abgewiesen wurden.

Die gegnerischen Berichte.

Englischer Bericht vom 18. September, abends: Heute früh, 5.30 Uhr, griffen Truppen der 3. und 4. britischen Armee auf einer Front von etwa 15 Meilen von Holnon bis zur Gegend von Gouzeaucourt mit vollem Erfolg an. An dieser gesamten Front nahmen unsere Truppen, unter schwerem Regengüssen vorgehend, die feindlichen Stellungen im Sturm. Ueber das alte britische Grabensystem vom März 1918 hinweg nahmen sie die äußersten Verteidigungswerke der Hindenburglinie in breiten Abschnitten. In unserer Rechten nahmen aus englischen und schottischen Truppen zusammengesetzte Divisionen Fresnon-le-Petit, Verchancourt-Pontu. Sie stießen auf starken feindlichen Widerstand und brachen ihn, besonders den äußersten rechten Flügel unseres Angriffes. Rechts und im Zentrum nahmen zwei australische Divisionen die Dörfer Leberquiere, Villeroi und Hargicourt. Mit großer Entschlossenheit vorwärts drängend, richteten sie sich in den alten vorgehobenen deutschen Stellungen westlich und südwestlich von Bellicourt ein, nachdem sie in die feindlichen Verteidigungsanlagen in einer Tiefe von drei Meilen eingedrungen waren. Links im Zentrum nahmen die 74. Yeomanrydivision und andere von Truppen aus den Ostgrafschaften aus London gebildeten Divisionen Tomplour-to-Guorand, Ruffon, Epheyn und Perzieres und drangen ebenfalls zu großer Tiefe vor. Nördlich Perzieres griff die 21. Division den Abschnitt an, den sie am 21. und 22. März mit großer Tapferkeit verteidigt hatte. Nachdem sie ihre alte Front, Gräben mit dem aus Baveolette Farm bekannten tiefen Stützpunkt genommen und einen feindlichen Gegenangriff abgeschlagen hatte, stieß sie über eine Meile über diese Linie hinaus vor, wobei sie einige hundert Gefangene machte und eine vollständige deutsche Batterie mit Bespannung bei ihrem Vorrücken erbeutete. Auf unserem linken Angriffsflügel nahmen andere englische und walisische Truppen den Rest der Hochfläche südlich Gouzeaucourt. Sie erreichten die Ortsausgänge von Wilers-Guislain und nahmen den Goucho-Wald. Mehr als 6000 Gefangene und eine Anzahl Maschinengewehre wurden von unseren Truppen im Laufe dieser erfolgreichen Unternehmungen eingebracht.

Frankösischer Bericht vom 18. September, abends: Im Laufe des Tages machten unsere in Verbindung mit der britischen Armee operierenden Truppen Fortschritte in der Gegend westlich St. Quentin und zwischen Holnon und Esigny le Grand. Auf einer Front von etwa 10 Kilometer hoben wir trotz des erbitterten feindlichen Widerstandes unsere Linien durchschnittlich 2 Kilometer vor, erreichten den westlichen Ausläufer von Francilly und Soloncy und eroberten den Sandwald und Fontaine les Cleres. Weiter südlich halten wir die Südränder von Contescourt und näherten uns Esigny le Grand. Wir machten einige hundert Gefangene. Nördlich der Wisse setzten wir unser Vorrücken östlich Joug fort. Der Feind unternahm starke Gegenangriffe auf der Hochfläche östlich Allemant. Die Wiedereröffnung der Offensive durch unsere Truppen brachte den Feind zum Weichen und brachte uns neuen Bodengewinn und 180 Gefangene ein.

Amerikanischer Abendbericht vom 18. September: Unser Artillerieeffektivität in Lothringen und im Elsaß ist aus den von unseren Truppen besetzten Abschnitten nichts zu melden. Bei einem Bombardierungsflug in Lothringen wurden unsere Flieger von überlegenen Streitkräften angegriffen. Fünf von unseren Flugzeugen werden vermisst.

Ein Erlass Hindenburgs.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an das Feldheer nachstehenden Erlass gerichtet:

„Die österreichisch-ungarische Regierung hat allen Kriegführenden vorge schlagen, zur Herbeiführung des Friedens zu unverbindlichen Besprechungen in einem neutralen Lande Vertreter zu entsenden. Die Kriegshandlung soll dadurch nicht unterbrochen werden. Die Bereitschaft zum Frieden widerpricht nicht dem Geiste, in dem wir den Kampf für unsere Heimat führen. Schon im Dezember 1916 hat der Kaiser, unser oberster Kriegsherr, mit seinen Verbündeten den Feinden den Frieden angeboten. Wechselt seitdem die deutsche Regierung ihre Friedensbereitschaft bekundet. Die Antwort aus dem feindlichen Lager war Spott und Hohn. Die feindlichen Regierungen peitschten ihre Völker und Heere weiter auf zum Vernichtungskampf gegen Deutschland.“

So führen wir unseren Verteidigungskampf weiter. Unser Verbündeter hat nun einen neuen Vorschlag gemacht, in Besprechungen einzutreten. Der Kampf soll dadurch nicht unterbrochen werden. Für das Heer gilt es also, weiterzukämpfen. Das deutsche Heer, das nach vier siegreichen Kriegsjahren praktisch die Heimat besichert, muß unsere Unbesiegbarkeit dem Feinde beweisen. Kampfsucht haben wir abzuwarten, ob der Feind es endlich meint und er diesmal zu Friedensverhandlungen bereit ist, oder ob er wieder den Frieden mit uns zurückweist, und wir ihn mit Bedingungen erkennen sollen, die unseres Volkes Zukunft vernichten.“

Die Kämpfe in der Luft.

Infolge der günstigen Witterung war am 16. September die Fliegeraktivität an der Westfront äußerst rege. In zahlreichen erbitterten Luftschlachten bewiesen unsere Jagdfliegerkräfte in hohem Maße ihre Überlegenheit. 34 feindliche Flugzeuge wurden von unseren Jagdfliegern im Luftkampf, acht Flugzeuge durch Flugabwehrkanonen abgeköhnt, zwei Flugzeuge wurden beim Angriff auf unsere Ballone durch Maschinengewehre der Ballonjäger zum Absturz gebracht. Oberleutnant Loetzer erlangte an diesem Tage seinen 39. und 40. Leutnant Karmy seinen 35. Hauptmann von Sölkens seinen 21. Leutnant Thy seinen 30. Bisepfeldmehel Frühner seinen 27. Offiziersstellvertreter Doerr seinen 27. Leutnant Bäumer seinen 25. und 26. Oberleutnant Greim seinen 23. Luftsieg. Diesem Verlust von 44 feindlichen Flugzeugen steht auf unserer Seite ein Verlust von nur sechs Flugzeugen gegenüber. Die gemeldete Abschüttung der feindlichen Flugzeuge und Ballone am 15. September ergab sich nachträglich noch. Daran sind an diesem Tage 42 feindliche Flugzeuge (davon acht durch Luft) und 20 Ballone abgeköhnt worden. Innerhalb dieser beiden Tage verloren unsere Gegner also 86 Flugzeuge, während unsere eigenen Verluste nur 12 Flugzeuge betragen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die gewaltigen, in den letzten Tagen erzielten und bisher noch nie erreichten Abschüttungen feindlicher Flugzeuge zeitlich mit dem am 16. September erfolgten Zusammenfallen, worin triumphierend als unmittelbare Wirkung englischer Angriffe auf das deutsche Heimatgebiet die Zurückziehung einer großen Anzahl deutscher Jagdgeschwader von der Front zur Verteidigung des Rheingebietes gezeichnet wurde. Ueber feindliche Fliegerangriffe auf deutsches Heimatgebiet wird amtlich von gestern gemeldet:

Unsere Gegner benutzten die günstige Witterung der letzten Tage und Nächte zu zahlreichen Angriffen auf das Heimatgebiet. Die Städte am Rhein, in Baden und Lothringen waren das Ziel der feindlichen Bombenabwürfe. Auch diesmal blieb der Erfolg trotz des hohen Einsatzes an Flugzeugen weit hinter ihren Erwartungen zurück. Ihr Kriegsprogramm, den vorläufigen Krieg gegen Nichtkämpfer, setzten sie in die Tat um. Ihre Bomben waren fast ausschließlich gegen die friedliche Bevölkerung und bürgerliches Eigentum gerichtet. Auch die jüngst in ihrer Presse veröffentlichte Drohung, Kirchen und öffentliche Gebäude nicht zu schonen, machten sie wahr. In Mainz warfen sie Bomben auf die Johanniskirche und beschädigten sie schwer. Der Schaden an den Privathäusern in den offenen Städten war gering. In Stuttgart wurden elf Personen getötet, darunter sechs Frauen und vier Kinder. Unter zehn Verletzten befinden sich drei Frauen und vier Kinder. Sonst wurden vom 15. und 17. September nur zwei Personen schwer und elf leicht verletzt. Ihr völkervertragswidriges Vorgehen bühnte unsere Gegner mit schweren Verlusten. Aus dem am 16. September vom Fliegerangriff auf Mainz heim zurückkehrenden feindlichen Geschwader wurden beim Rückflug über der Front von unseren Jagdfliegern drei Flugzeuge abgeköhnt. Im lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet und im Saargebiet wurden in der darauffolgenden Nacht, dank der Maßnahmen des Heimatluftschutzes, sechs weitere feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht. Der Feind bühnte also nach den bisherigen Feststellungen bei diesen Angriffen innerhalb 36 Stunden insgesamt 9 Flugzeuge ein.

Weg wird beschossen.

W.B. Metz, 19. September. Die hiesigen Zeitungen bringen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: Seit mehreren Tagen beschießt der Feind Metz aus einem weittragenden Geschütz. Diese Beschichtung ist alle Jahre hindurch, die der Krieg schon dauert, stets möglich gewesen und wurde lange erwartet. Die modernen Geschütze haben eine weit größere Tragweite, als etwa die Entfernung südlich von Pont a Mousson nach Metz. Die jegige Beschichtung hängt also keineswegs damit zusammen, daß der Feind nach unserer Räumung des St. Mihiel-Bogens der Stadt näher gekommen ist, sie ist nur eine Begleiterscheinung der jetzigen Kämpfe westlich und südwestlich von Metz und wird bald aufhören, wenn diese sich erst festgelaufen haben. Daher sind auch vom Gouvernement keinerlei Änderungen in den Bestimmungen über die Ein- und Ausreise aus dem Gouvernementsbereiche erlassen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 19. September. (Amtlich.) In den Sieben Gemeinden anhaltend heftiger Feuerkampf. Zwischen Brenta und Piave stellte der Feind nach den schweren Mißerfolgen der Vortage seine Angriffe ein. Unter den braven Truppen, die in den letzten Kämpfen, von ihrer Artillerie trefflich unterstützt, den immer wieder vorkrohenden Feind siegreich abwehrten, verdienen die ungarischen Infanterieregimenter Nr. 39 und 105 besondere Anerkennung. Bei Sandona wurde ein nächstlicher Uebergangversuch durch unser Feuer abgewiesen.

Ueber die interalliierte Sozialistenkonferenz.

liegen heute folgende Reuter-Berichte vor: Im Gegensatz zu ihrer Gewohnheit hat die interalliierte Sozialistenkonferenz die Presse zugelassen. Der Vorsitzende der parlamentarischen Kommission des Gewerkschaftskongresses führte den Vorsitz. Es waren ungefähr 80 Delegierte aus England, Amerika, Belgien, Italien, Griechenland und Serbien anwesend. Als beratende Delegierte ohne Stimmrecht wurden fünf Vertreter der Ardenta, österreichische Untertanen, die auf der Seite der Entente stehen, zugelassen. Man beschloß, drei Kommissionen zu ernennen. Die erste und bedeutendste wird sich mit den Vorschlägen der amerikanischen Delegation über das Kriegsziele-Memorandum und mit der Abfassung einer Resolution befassen. Sie wird unter anderem aus Sidney Webb, James Sexton (England), Vandervelde und de Brouckere (Belgien), Frey, Verden, Compers (Amerika), Verselloni, Visol (Italien), Kennedy (Kanada), Mikral und Souhauz (Frankreich) und Petreidis (Griechenland) bestehen. Die zweite Kommission wird über die jetzige internationale Lage Bericht erstatten. Sie besteht aus Henderson und Hill (England), Wallace, Daine und Compers (Amerika), Hunsman und Babeul (Belgien), Renaudel und Longuet (Frankreich), Rossini und Rosetti (Italien), Kennedy (Kanada) und Petreidis (Griechenland), und wenn die Konferenz die Berichte dieser Kommissionen erwagen hat, wird die dritte Kommission die Beschlüsse zwecks Veröffentlichung in vier Sprachen formulieren. Zwischen Compers und Longuet kam es zu einer kurzen Debatte.

Die interalliierte Arbeiterkonferenz besprach am 18. den Bericht über die Antwort der Sozialisten der Mittelmächte auf das Kriegsziele-Memorandum der interalliierten Arbeiterkonferenz im Februar. Der Bericht bedauert, daß die Antwort der deutschen Mehrheitssozialisten ein Hindernis für die Abhaltung einer internationalen Konferenz bildet. Er empfiehlt, eine wohlwollendere Antwort an die deutschen Mehrheitssozialisten abzugeben und die anderen Länder anzusprechen, ihren Einfluß geltend zu machen, um eine genaue Umschreibung der Haltung der Deutschen zu erlangen.

Inwiefern die Antwort der deutschen Mehrheitssozialisten ein Hindernis für die Abhaltung einer internationalen Konferenz bilden soll, ist uns nicht klar. Richtig ist allerdings, daß die deutsche Sozialdemokratie Gewicht darauf legt, als gleichberechtigter Faktor auf einer internationalen Konferenz und nicht als Angeklagter anwesend zu sein. Dieses Verlangen muß sie stellen, wenn eine solche Konferenz nicht ausfallen soll wie das Hornberger Schießen. Wer dem Zustandekommen einer solchen Konferenz und damit dem Frieden dienen will, muß diesen Standpunkt teilen.

Nach dem „Zeit Pariser“ wird die Beratung der Londoner Sozialisten-Konferenz über den Wiener amtlichen Vorschlag, sowie über die Zuküristen der Sozialistenverbände der Mittelmächte streng vertraulichen Charakter haben. Den kurzen Bericht darüber wird Henderson veröffentlichen.

Ein einheitliches Südost-Rußland.

Eine Versammlung des Don-Heeres sprach sich für die Bildung eines aus dem Don-, Kuban- und Terek-Gebiet und anderen Teilen Südost-Rußlands bestehenden einheitlichen Staatskörpers aus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Haltung der Nationalliberalen.

Am Dienstag ist die nationalliberale Reichstagsfraktion zusammengesetzt, um über die Haltung der Partei zu beraten. — Wenn man bei den Nationalliberalen von einer „Haltung“ reden kann. Ueber die Sitzung war ein Bericht herausgegeben worden, der reichlich dunkel und vieldeutig klang. Das „Berliner Tageblatt“ unternimmt es nun, den Bericht zu deuten. Es schreibt am Mittwoch abend:

Wir haben schon auf die eigenartige, parteioffizielle Stillierung des Berichts über die gestrige Sitzung der nationalliberalen Reichstagsfraktion hingewiesen, der eine Kritik geradezu herausforderte. Nach diesem Bericht hätten „die mehrstündigen Verhandlungen in der fast einmütigen Zustimmung zu der von der politischen Leitung unter Billigung der Obersten Heeresleitung vertretene Kriegsziele gegipfelt“. Und in einer noch gestern abend erschienenen Fassung wurde festgestellt, daß die Rede des Herrn v. Papen nicht vollständig der Obersten Heeresleitung vorgelesen habe. Von neuem ist also der Versuch gemacht worden, Zweifel in die Aeußerungen eines hervorragenden Regierungsvertreters zu säen. Die nationalliberale Parteileitung übertrifft durch die absichtlich lakonische Fassung ihres Sitzungsberichtes dieses Moment und schiebt die Oberste Heeresleitung als entscheidenden politischen Faktor in den Vordergrund. Wir wollen ganz absehen davon, welchen Eindruck das im Auslande machen muß, aber wir glauben, daß die nationalliberale Partei mit dieser Verfechtung der Kompetenzen sowohl der Obersten Heeresleitung als auch der Reichsregierung einen Bärendienst erwiesen hat. Aber auch rein sachlich ist, wie wir zu wissen glauben, diese irreführende parteioffizielle Berichterstattung in keiner Weise zu rechtfertigen. Die Verhandlungen haben sich in ihrem ersten Teil ausschließlich um die Stuttgarter Rede des Vizekanzlers v. Papen gedreht, der man ohne Einschränkung zugestimmt hat, ohne daß die Oberste Heeresleitung dabei berührt worden ist. Mit dieser Zustimmungserklärung hat die Reichstagsfraktion, was ausdrücklich festgestellt werden muß, den Boden der Beschlüsse der letzten nationalliberalen Zentralauschussung verlassen, ihre annexionistischen Kriegsziele aufgegeben und sich mit einem Verzicht auf Belgien und die flandrische Küste, auf das Erzbecken von Longwy-Briey und auf eine Kriegsentfesselung abgefunden. Damit hat die Partei sich prinzipiell schon sehr erheblich der Friedensentscheidung vom 19. Juli 1917, die sie springlich an der Seite der Konservativen heftig bekämpft hat, genähert. Insofern wäre mithin das größte Hindernis für eine Beteiligung der Nationalliberalen an den interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsparteien beseitigt. Aber die Partei denkt nicht daran, wie heute früh der „Sannoversche Kurier“ verifiziert, sich der Zulieferung zu „unterwerfen“. Wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, dann dürften die Nationalliberalen, wie wir hören, auch kaum auf ein Entgegenkommen der Mehrheitsparteien rechnen dürfen, da die Voraussetzung für eine entsprechende, positive Mitarbeit die gemeinsame politische Plattform fehlen würde. Allerdings versucht Herr Dr. Stresemann auf dem Umwege über das Zentrum diese gemeinsame Plattform in der Papenschen Rede zu finden, aber es ist nicht anzunehmen, daß die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie den Herren Nationalliberalen durch eine Hintertür den Weg zu den interfraktionellen Besprechungen öffnen werden. Die endgültigen Beschlüsse über diese Frage will die nationalliberale Reichstagsfraktion in der auf Montag anberaumten neuen Sitzung fassen. Sollte der rechte Flügel dann einen intransigenten Standpunkt einnehmen, so wäre, wie wir die Stimmung im nationalliberalen Lager sehen, die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß die Freunde der Friedensentscheidung in der Partei die Konsequenzen daraus ziehen und, ähnlich wie im Preussischen Abgeordnetenhaus bei der Wahlrechtsfrage, ihre eigenen Wege gehen.

Vom andern Flügel der Nationalliberalen.

Während die Reichstagsfraktion der Nationalliberalen sich am Dienstag „fast einmütig“ für die Kriegszielepolitik der Regierung ausgesprochen hat, erklingt aus dem nationalliberalen Lager in Pommern ein ganz anderer Ton. Am letzten Sonntag war der Landesauschuß der Pommerschen Nationalliberalen nach Stettin zusammenberufen, um zu der Rede des Vizekanzlers v. Papen Stellung zu nehmen. Die Versammlung richtete nach Anhörung der Berichte der beiden Landesvorsitzenden Dr. Ostent und Dr. Mittelmann ein in dem folgenden Entschluß an den Geschäftsführenden Ausschuß der Gesamtpartei:

„Der am heutigen Sonntag, 15. September 1918, zu Stettin tagende Landesauschuß der Nationalliberalen Partei Pommerns beurteilt die im härtesten Widerspruch zu den vom Kaiser und von Hindenburg abgegebenen Erklärungen stehende Rede des Vizekanzlers v. Papen am 12. September 1918 und erwartet von dem Geschäftsführenden Ausschuß der Gesamtpartei, daß er mit allen Kräften gegen derartige schwachmütige, die Kriegsziele unserer Siege preisgebende Ausführungen auftritt. Nur dadurch, daß von unseren Feinden Entschädigungen an Land und Gut verlangt werden, daß sie uns bereit sehen, an diesen Forderungen unter allen Umständen festzuhalten, ist ihr Vernichtungswille zu brechen. Das erneute Verzichtsfriedensangebot des Herrn v. Papen bedeutet lediglich eine abermalige Verlängerung des Krieges, sein Angebot einer Räumung Belgiens ohne Belästigung und ohne Vorbehalt eine Preisgabe der Lebensinteressen unseres Volkes und einen Verrat an den unseren früheren Zusicherungen vertrauenden Namen.“

Man sieht, die pommerschen Nationalliberalen sind von anderer Art als die Reichstagsfraktion. Sie geben sich als waschechte Nationalisten, die aus den Erfahrungen des vierjährigen Krieges noch immer nichts gelernt haben. Was der geschäftsführende Ausschuß zu der Entschließungsresolution gesagt hat, ist noch nicht bekannt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 20. September.

Freie Jugend. Otto Jarow gefallen! Wieder wurde unsere Bewegung von einem schweren Verlust betroffen. Am 2. September machte eine Granate dem Leben unseres eifrigen Jugendgenossen Otto Jarow ein Ende. Er war einer, auf den wir in der kommenden Friedenszeit mitgehört hätten. Seine ganze freie Zeit stellte er einst unserer Bewegung zur Verfügung, in ihr ging er ganz auf. Er hat ein Alter von 23 Jahren erreicht. Sein Wirken wird unvergessen bleiben.

Mehr fleischlose Wochen?

Die ersten beiden fleischlosen Wochen haben wir glücklich hinter uns. Es sind uns aber noch zwei weitere bis zum 1. November in Aussicht gestellt. Schon taucht da oder dort der Gedanke auf, diese fleischlosen Wochen müßten im nächsten Winter wiederholt werden. Einige Kreise wünschen sogar, daß die fleischlosen Wochen eine dauernde Einrichtung werden, so daß wir also jährlich mit 16 fleischlosen Wochen beglückt werden

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 20. Septbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegshauptquartier.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Infanteriekämpfe nordöstlich von Bischofsode und südlich von Hymen verliefen für uns erfolgreich. Ein Vorstoß der Engländer nordwestlich von Hüllus wurde abgewiesen. Bei örtlichen Unternehmungen bei Moeuvre und im Walde von Havincourt machten wir Gefangene. In Moeuvre sprengten wir zahlreiche Unterkünder des Feindes.

Seeresgruppe des Generalobersten v. Boehn.

Auf dem Schlachtfelde am frühen Morgen heftiger Feuerkampf. Starke Teilangriffe, die der Feind gegen Gouzeaucourt und beiderseits von Geych mehrfach wiederholte, wurden abgewiesen. Bayerische Regimenter und preussische Jäger zeichneten sich hierbei besonders aus. Einseitige Angriffe richtete der Feind nach stärkstem Feuer am frühen Morgen und in den Mittagsstunden gegen unsere Linien zwischen Omignonbach und der Somme. Sie sind hier auch gestern überall vor unseren Linien gescheitert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Aisne machten wir bei eigenen Unternehmungen am Gehöft Bauraine und östlich von Jony 130 Gefangene. Infolge unseres Artilleriefeuers, das das Unternehmen westlich von Jony vorbereitete, kam ein beabsichtigter Angriff des Feindes nicht voll zur Entwicklung und wurde abgewiesen.

Seeresgruppe Gallwitz.

Kleinere Vorkampfkämpfe.

Ueber dem Gefächtsfelde zwischen Maas und Mosel sah das Jagdgeschwader II unter Führung des Oberstn. Frhr. v. Woenigt in der Zeit vom 12. bis 18. September 81 feindliche Flugzeuge ab. Er verlor selbst im Kampfe nur 2 Flugzeuge.

Ein. Büchner errang seinen 30. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister.

Rudendorff.

Der U-Boot-Bericht.

Berlin, 20. September. (Amtlich.) Im westliche Teil des Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote 12 000 Brutto-Registertonnen Schiffsraum.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Versehter englischer Ueberwachungsampfer.

Amsterd., 20. Septbr. Die englische Admiralität teilt mit, daß ein deutsches U-Boot am 12. September einen bewaffneten britischen Ueberwachungsampfer torpediert und versenkt hat. 8 Offiziere und 50 Mann werden vermißt.

Sollen. Was wir in diesen fleischlosen Wochen genießen sollen, darüber machen sich diese Kreise vielleicht weniger Kopfzerbrechen. Der Vorschlag geht ja aus von der Landwirtschaft, die von den fleischlosen Wochen am allerwenigsten verspürt. Daß die Bewohner der Großstädte, besonders die schwerarbeitende Bevölkerung, dauernd nicht mit drei Pfund Kartoffeln oder 1/2 Pfund Mehl als Ersatz auskommen kann, braucht nicht besonders betont zu werden, denn von trockenen Kartoffeln oder etwas Mehl kann man kaum seine Gesundheit, viel weniger seine Arbeitskraft aufrechterhalten. Der Kriegsauschuß für Konsumanteninteressen hat nicht Unrecht, wenn er sich demgegenüber auf den Standpunkt stellt, daß die Konsumenten mit einigen fleischlosen Wochen sich abgefunden haben, weil sie die Notwendigkeit einsehen, unsere Viehkapitel etwas aufzubessern. Man kann jedoch nicht einsehen, daß die fleischlosen Wochen wederholt oder gar eine dauernde Einrichtung werden sollen, lediglich um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, mehr Vieh in den Schleichhandel zu bringen. In Bayern gab ja, wie der „Bayer. Kurier“ in Nr. 221 berichtet, eine kaputtliche amtliche Stelle bekannt, daß 400 000 Rinder im letzten Winterjahr schwarz geschlachtet worden sind. Das Blatt fragt: „Wie viele Schweine mögen im gleichen Zeitraum um die Erde gegangen sein, wie viele tauende Zentner Schmalz, wie viele Millionen Eier? Durch diese gemeinschaftliche Treiben würde sehr bald unsere ganze Lebensmittelversorgung über den Haufen geworfen werden. Natürlich schimpft das Blatt weidlich auf die „zahlungsunfähigen Kriegsgewinnler und sonstigen Leute, die sich vom Nichtstun in den Sommerfröhen und Kurorten „erholen“ müssen.“ Das ist richtig. Aber an diesem gemeinschaftlichen Treiben haben nicht nur die Kriegsgewinnler, sondern auch die Landwirte Schuld. Wenn sie die 400 000 Rinder nicht zum Schwarzschlachten hergegeben hätten, hätten die Kriegsgewinnler sicherlich kein Fleisch ohne Fleischkarte in den Restaurants bekommen. Wenn jetzt weitere fleischlose Wochen eingeführt werden sollten, dann würde lediglich damit erreicht, daß die Schwarzschlachtungen noch mehr zunehmen. Die minderbemittelte und schwerarbeitende Bevölkerung müßte also noch mehr entbehren, um den Kriegsgewinnlern die Möglichkeit zu geben, noch besser leben zu können. Der Kriegsauschuß für Konsumanteninteressen fordert daher mit Recht, daß die fleischlosen Wochen nur dann wiederholt werden dürfen, wenn eine unabwendbare Notwendigkeit dafür vorliegt, d. h. wenn nachgewiesen wird, daß trotz reiflicher Erfassung des Viehes unser Viehkapitel noch weiter erheblich abnimmt. Solange aber noch Vieh schwarz geschlachtet werden kann, solange noch Fleisch im Ueberflus im Schleichhandel zu haben ist, solange man in Kurorten, in Pensionen, in Restaurationen noch ohne Karten Fleisch haben kann, solange darf man der Bevölkerung nicht zumuten, fleischlose Wochen auf sich zu nehmen.

Der „Boden der Vernunft“

wurde von den alldeutschen-vaterlandsparteilichen Eroberungspolitikern bis vor kurzem peinlich gemieden. Friedensbestrebungen, die auf vernünftiger Grundlage, ohne Wegwendung anderer Völker, dem grauenvollen Massenmord ein Ende bereiten wollten, wurden von ihnen bekämpft, ihre Verfechter arg beschimpft. Und wenn gar von Regierungsmännern einmal verständige Ansichten ausgesprochen wurden, dann geberdete sich die alldeutsche Presse besonders rabiat. Augenblicklich gibt sie sanftere Töne von sich; sie verleugnet sogar das mehr von dem, was sie bisher gepredigt hat. Mit Genugtuung bemerkt man, daß in letzter Zeit Reden, in denen betont wird, Deutschland führe einen reinen Verteidigungskrieg und wolle seine Feinde nur zum Verhandeln zwingen, ohne die üblichen Annahmeforderungen zu stellen, die sie halten. Zufällig waren das allerdings der Kronprinz und der Kaiser. Wir haben deren Ausführungen, die ziemlich umfangreich waren, vollständig wiedergegeben. Das hat fast die gesamte sozialdemokratische Presse getan. Der „Vorwärts“ nahm jedoch aus Neugierigkeiten einige kleine Ritzungen in der Essener Kaiserrede vor. Das erweckt den alldeutschen Jörn, der immer etwas komisch wirkt, und stimmungsgemäß artikuliert die „Lübeckischen Anzeigen“ im Stil der Ritterromantik über „Die verfallene Kaiserrede oder Was die Arbeiter nicht hören dürfen“. Dabei ist das, was der „Vorwärts“ gefehlt hat, meistens von ihm selbst schon oft mit anderen Worten gesagt worden, nämlich, daß Deutschland um seine Existenz kämpft und sich freigeist wehren muß. Der alldeutsche Artikel schreift:

„In ganzen zeigt diese sozialdemokratische Verfallene einer Kaiserrede, wie wenig sicher ihrer Sache sich doch die regierende Partei fühlt, wie sie eine solche — nun sagen wir — Vorlicht über muß, um ihre Leute bei der Stange zu halten und wie vielleicht schon eine rücksichtslos-gründliche Aufklärung genügen würde, sie auf den Boden der Vernunft und des Vaterlandes zurückzuführen.“

In den Worten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die in diesem Krieg so unendlich Blutopfer gebracht, und die unter Not und Entbehrungen erst die erfolgreiche Verteidigung unserer Grenzen ermöglichten, erst auf den Boden des Vaterlandes zurückgeführt werden müssen, offenbart sich der ganze stöhrliche Tiefstand der Alldeutschen, die damit auch zugleich zeigen, daß der Boden der Vernunft ihnen völlig fremd ist. Im übrigen wird das ganze alldeutsche Geschwätz schon allein durch die Tatsache widerlegt, daß, wie gesagt, die Kaiserrede strichlos durch fast die gesamte sozialdemokratische Presse gegangen ist. Was dazu unter den heutigen Verhältnissen zu bemerken möglich war, ist selbstverständlich gekehren. Die Sache der Sozialdemokratie ist so sicher, daß sie weder durch verständige noch durch unverständige Auslassungen erschüttert wird.

„Volksaufklärung“.

Ueber Ernährungsfragen sprach gestern abend im Saale der Schifferschaft im Auftrage des Ausschusses für Volksaufklärung ein Herr Dr. Lübbert in Leipzig. Der Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Herr Rat Dr. Wolger. Der erste, den die Besucher, deren überwiegende Zahl dem Gewerkschaftsartikell und Arbeiterausschüssen angehört. Letztere kamen leider nicht auf ihre Rechnung, denn was ihnen der Vortragende sagte, hatten sie vor Monaten von den Genossen Kupprecht und Dr. Staudinger, die im Auftrage des Kriegsernährungsamtes hier sprachen, viel besser und instruktiver gehört. Daß wir im Frieden bis zu 50 Prozent ausländische Lebensmittel und Futtermittel bezogen haben, Hülsenfrüchte gar über 60 Prozent, und auch viel ausländisches Schlachtvieh, namentlich Schweine, wurde auch von Herrn Dr. Lübbert angeführt, gleichzeitig aber auch die deutsche Landwirtschaft gefördert, deren Führer einst uns vom Auslande unabhängig machen wollten, während es ihnen mehr um die Hochschulgänge zu tun war. Ueberhaupt lobte der aus Mecklenburg stammende Referent die Landwirtschaft sehr. Dann vertiefte er sich zu der Behauptung, daß in bezug auf die Ernährungsschwierigkeiten „vielleicht nur böswillig gehetzt und gekürrt“ würde. Die Schwierigkeiten treten überall in den verschiedenen Gegenden des Reiches zutage, seien aber überall verschieden. Im Nordwesten klage man über das Fehlen der ausländischen Futtermittel, im Osten über Mangel an Arbeitskräften und Düngemitteln, im Süden, wo meist Kleinbetriebe sind, über die Einbeziehung der Männer. Trotzdem hätte es bisher noch immer gereicht und wir hätten die volle Ration bis zur neuen Ernte erhalten können, „wenn die Ukraine nicht verjagt hätte“. Der Redner ging dann auf die Verhältnisse in den baltischen Provinzen ein, aus denen er soeben von einer Reise zurückkehrte. Zwar sei dort augenblicklich nichts zu holen. Sie hätten selbst nicht, was sie brauchen. Aber in Zukunft — nach Einführung der intensiven Bewirtschaftung — seien sie außerordentlich vielversprechend, zumal sie als „Anfiederungsland“ in Frage kämen. Heute höre man dort dieselben Klagen wie bei uns. Dank unserer Organisation hätten wir über Jahre durchgehalten. Die öffentliche Bewirtschaftung sei aber nur zweckmäßig, wenn das Publikum mitmache. Leider würde vielfach die Unzufriedenheit geschürt. Zweimal wiederholte der Herr Vortragende diese Behauptung, die auf einer völligen Verkennung der Lage und Empfindung breiter Volksschichten beruht. Als ob die Dinge — um mit dem Referenten zu sprechen — nicht selbst für sich sprechen und die Unzufriedenheit herorzuführen. Man sieht das jetzt wieder bei dem Obst. Für die Masse ist es beschlagennah. Aber im Schleichhandel ist noch genügend Gelegenheit vorhanden, die Warenkammer der Kriegsgewinnler zu füllen. Auch viele sonstige Behauptungen des Redners widerstehen zum Widerspruch auf. Um so enttäuschender waren die Versammlungen, als sie am Schluß durch den Einbruch hörten, daß eine Diskussion nicht zugelassen werden könne. Nach den Worten des Vortragenden war es nicht einmal möglich, in der Form von Anfragen einen Meinungsaustausch über die Widersprüche herbeizuführen. Zudem hatten die Ausführungen des Redners den Gewerkschaften auch nicht das geringste Neue gesagt, so daß nach Ablehnung der Aussprache der Abend für sie als ein völlig verlorener zu betrachten war. Die Leitung des Gewerkschaftsartikells mußte aus der Einladung entnehmen, daß eine Aussprache als selbstverständlich angesehen war. Um so die gegenseitige Verständigung der verschiedenen Gesellschaftsschichten zu fördern, hatte sie den Besuch der Veranstaltung empfohlen. Leider hat sie nun nach dem ersten Versuch einsehen müssen, daß dies in Zukunft kaum fortgesetzt werden kann. In Gewerkschaftskreisen ist man nämlich nicht gewöhnt, sich mit der Rolle launiger Zuhörer zu begnügen. Vielmehr ist man dort die Gepflogenheit, daß sich jedermann zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen äußern und dazu seine Meinung sagen kann. Natürlich, noch ungezügelter hätte man die Abende für „Volksaufklärung“ nicht einleiten können.

Beise für Margarine. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat bestimmt: Beim Weiterverkauf von Margarine dürfen dem Herstellerpreise höchstens folgende Beträge zugeschlagen werden: 1. von dem Kommunalverband oder der Gemeinde, an welche die Lieferung erfolgt, zur Deckung ihrer Unkosten, zu denen auch ein, an die empfangende Verteilungsstelle zu zahlender Betrag gehört 5,50 Mk., 2. im Großhandel weitere 5 Mk., 3. im Kleinhandel weitere 12 Mk. für je 50 Kilogramm. Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er Mengen von nicht mehr als 5 Kilogramm zum Gegenstand hat. Liefert der Hersteller oder der Großhändler die Margarine in kleinen Packungen, in denen sie unmittelbar an den Verbraucher abgegeben werden kann, so darf dem Hersteller und dem Großhändler vom dem Kommunalverband ein Zuschlag von 5 Mk. für je 50 Kilogramm gewährt werden; um den gleichen Betrag vermindert sich der zulässige Zuschlag für den Kleinhandel.

Ein großes Wohlthätigkeitsfesten veranstaltet der Lübecker Schützenverein am Sonntag, dem 22. und Montag, dem 23. September in der Waldmühle. Am Sonntag Nachmittag ist Konzert, ausgeführt von der Schützenkapelle, sowie Belustigungen aller Art, wie Kinderfestzug usw. Geschlossen wird an beiden Tagen von 2 bis 7 Uhr und kann sich jedermann daran beteiligen. Freiwillige Spenden, auch für die Kote-Kreuz-Scheiben, werden von den Herren L. Jander, Marlesgrube 3, und A. Koch, Oberstraße 10, wo auch Schießkarten zu haben sind, entgegengenommen. Außerdem finden zwei Marktsonnabende mit öffentlichen Sammlungen statt und zwar Sonnabend abend von 6 bis 7 1/2 Uhr und Sonntag mittag von 12 bis 1 Uhr. Der Gesamtüberschuß dieser Veranstaltungen fließt dem Roten Kreuz und der Unterstützungs-kasse des Lübecker Schützenvereins zu. (Siehe Inserat.)

Wem gehören die Uhrketten? In dem Besitz eines geflochtenen Arbeitervermeigerer festgenommenen belgischen Zivilgefangenen wurden 8 Double-Herrenuhrketten vorgefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb der Gefangenene sich nicht ausweisen konnte. Da die Ketten auf einem mit weißem Sammet bezogenen Karton mit dem Aufschrift Nouveaute beschriftet sind, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie aus einem Ladenbierstahl herkommen. Der rechtmäßige Eigentümer der Ketten wird daher ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schüsselbuden 16, zu melden.

Diebstahl. Aus einem Optikergeschäft in der Königstraße sind in der letzten Nacht 20 Leinwandstücke teils in Nickel, teils in Messing, gestohlen, mittels Einbruches gestohlen worden.

Cutin. Tödlicher Unglücksfall. Von einem Auto überfahren und tödlich verletzt wurde auf der Cutin-Bochholzer Landstraße Frau Galtwitz Sirdt-Bochholzer Baum. Sie war, wie der „A. f. d. Z.“ schreibt, von ihrem Wagen abgestiegen, um das schon erwähnte Pferd festzuhalten, als sie logisch

Schwerin. Ein Bismarer Erbsen-Schieber vor Gericht. Kaufmann Theodor C. aus Bismar und Restaurateur Johannes W. in Hamburg hatten gerichtliche Entscheidung beantragt gegen zwei Strafbefehle über 20 000 Mk. und 8000 Mk., die ihnen wegen Heberhinderung der Höchstpreise und wegen unbefugten An- und Verkaufs von beschlagnahmten Erbsen zugesprochen waren. W. steht schon seit längerer Zeit als Sanitäts-Bezugsweibel in Schwerin in Militärdienst und muß sein Geschäft in Hamburg durch fremde Leute betreiben lassen. Wie er angibt, wird es ihm schwer, ein Geschäft anrechtzuerhalten, daher läßt er seine Angelegenheiten durch kleine Nebenverdienste hier zu verwalten. So hat er beispielsweise schon mal eine Partie Böttcherei auf Speculation gekauft, und zwar von dem in Schwerin zurzeit als Landkassiermann in Dienst stehenden Kaufmann Theodor C. aus Bismar. W. trug denn auch keine Bedenken, im Februar dieses Jahres ein Gebot des Angeklagten C. auf 40 Zentner Erbsen zum Preise von 220 Mark den Zentner anzunehmen, für die er demnächst gute Abnehmer zu finden hoffte. Die Erbsen sind auch in den nächsten Tagen per Zehnwert (nicht per Eisenbahn) von Bismar nach Schwerin an eine Defabrie in der Kistener Straße geschickt und zu Lager gebracht. Die Sache wurde aber bekannt und die Ware daher mit Beschlag belegt. Wegen der Bezahlung der Erbsen ist dann ein Vollstreckungsbescheid erlassen, der noch nicht beendet ist. Fest steht jetzt, daß der Höchstpreis für Erbsen in der fraglichen Zeit 41,50 Mark pro Zentner war. Der Angeklagte C. hat seinen Lieferanten aus Mecklenburg aus eigenem Antriebe 125 Mark pro Zentner geboten und dem Angeklagten W. dann die Ware für 220 Mark ab 5 Prozent Provision weiterverkauft. Als Leiter und Inhaber eines Kommissionsgeschäftes in Bismar, der auch schon für die Reichsgetreidestelle gearbeitet hat, war C. ganz genau mit den Preisnotierungen, über die Höchstpreise und über diejenigen Artikel unterrichtet, deren An- und Verkauf gesetzlich verboten war, er wußte also, wann und wie er sich schuldig machte, während der Angeklagte W. in gutem Glauben gehandelt haben will. Das Urteil des Schöffengerichts Schwerin lautet gegen den Angeklag-

ten C. auf 8000 Mark, auch 1 Jahr Gefängnis, und gegen W. auf 3000 Mark, auch 30 Tage Gefängnis.

Glückfall. Zwei Kinder verunglückt. Vor einigen Tagen sind zwei junge Leute, Söhne der Witwen Lindner und Mohr, in einem Segelboot über die Elbe gefahren und nicht zurückgekehrt. Die Vermutung, daß sie einem Unglücksfall zum Opfer gefallen seien, trifft zu; jetzt wurde die Leiche des Lindner geborgen. Die Mutter hat vor Jahren auch ihren Mann, einen Schiffer, durch einen Unfall auf See verloren.

Töberrn. Das Spielen mit einer Handgranate hat, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, schweres Unglück über die Familie des Polizeipächters Georg Peterlen im Chr.-Albr.-Kloog gebracht. Peterlen hatte auf dem Felde eine Handgranate mitgebracht. Er spielte in Gegenwart seiner Kinder mit der Granate, wobei diese zur Explosion kam. Peterlen wurden von der linken Hand drei Finger und von der rechten Hand ein Finger weggerissen; ein Kind wurde an der einen Kopfschläfe schwer verletzt, so daß die Sehkraft des Auges sehr gefährdet ist; einem zweiten Kinde ist ein Granatsplitter in die Brust gedrungen, wodurch die Lunge verletzt sein soll.

Neueste Nachrichten.

Die Befehung Batus.

Berlin, 20. September. Wie Berliner Blättern von der russischen Botschaft mitgeteilt wird, ist dort ein Telegramm aus Moskau eingetroffen, nach dem Batus in Flammen steht, hervorgerufen durch Explosionen. Die Einnahme von Batus durch die Türken erweckt in den russischen Regierungskreisen außerordentlich große Besorgnisse. Die ganze Schifffahrt auf dem Kaspischen Meere und auf der Wolga sowie fast die ganze Industrie des jüdischen Rayons sind auf das Naphtha von Batus angewiesen. Die Ausschaltung des Erdölbezuges von Batus läßt auf lange Zeit das russische wirtschaftliche Leben. Andererseits werde in russischen Regierungskreisen der Befehung Batus eine erste politische Bedeutung beigelegt, insofern als die Meinung vorherrscht, daß die Nichterfüllung dieser für Rußland höchst wichtigen Verpflichtung seitens Deutschlands in bedeutenderem Maße auch Rußland von der Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen befreit.

Briefkasten.

B. B. Am Nachmittag fahren Züge nach Büchen 5,26 Uhr und 9,08 Uhr. (2.-4. Klasse.)

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 16. bis 22. September 1918 wird Fleisch und Fleischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Ausdruck „No Anteil“ trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 19. September 1918. (4499)

Das Polizeiamt.

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter, Plabarbeiter
in größerer Zahl, ferner
**Malchinen-, Bau-, Reparatur-Schlosser,
Schlosser für Eisenkonstruktionen,
Klempner und Sattler.**
Meldungen schriftlich oder mündlich zu richten an
**Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bromberg,
Rathenow, Bahnhofstraße 22. (4511)**

Werkzeugmacher, Dreher und Fräser
werden dauernd eingestellt von
**Flugzeugbau Friedrichshafen, G. m. b. H.
Werit Warnemünde. (4514)**

Auf ein baldiges Wiedersehen hoffend, erhielten wir plötzlich und unerwartet die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber guter ältester Sohn und Bruder, der Musikfisar (4504)

Otto Jarchow
Anhaber des III. Kreuzes II. Klasse und des Lübecker Hanseatenkreuzes
im 28. Lebensjahre in den schweren Kämpfen im Westen am 2. September gefallen ist. Tief betrauert und schmerzhaft vermisst von seinen Eltern, Geschwistern und allen, die ihm nahe standen.

Carl Jarchow, Urgewalt, Neumünster, v. Frau W. geb. Körner.
Hans Jarchow, Urgewalt in engl. Gefangenschaft.
Käthe Ernst Jarchow
Grete Frahm als Braut und Familie Frahm.
Lübeck, d. 18. September.

Einige Hauterkrankungen
helle sofort ein „Zanibon“
Bottle Reinigung. (4507)
A. Fasel, Hauptstadt,
Zentralmarkt 11, 21.

Holz-Partierenstangen
zu verkaufen. Donnerstag 12, 1

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.

Am 1. September fiel als weiteres Opfer des unheilvollen Krieges unser Genosse

Franz Glau.
Zug darauf vernichtete eine Granate unseren jungen Genossen

Otto Jarchow.
Wir werden beiden ein ehrendes Andenken bewahren. (4525)
Der Vorstand.

Eine Küchen-Gaslampe
zu verkaufen. (4505)
Lübeck, 21. pt.

Grammophon-Platten, Tisch
zu verkaufen. (4520)
Vorbeistr. 18a, 1.

Achtung, Zirkelre!
Männerschmittenhaar n. 11/10
3. — 11. 11. 11.
Albert Schütt, Lübeck,
Königsstr. 62, part. (4508)

Erhalten die traurige Nachricht, daß unser lieber Pflege Sohn (4518)

Paul Peeck
infolge seiner langen schweren Verwundungen am 9. ds. Mts. im Lazarett gestorben ist. Dies zeigt tiefbetrubt an.
Seine Pflegeeltern
F. Kucharzik u. Frau
nebst Familienangehörigen.
Rensfeld.
Getämpft von 1915—18.

Sozialdemokratischer Verein, Seeretz.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel unser Genosse

Ernst Wendt.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
4524 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und reichen Kranzspenden sowie Herrn Hauptwastor Evers für die wertvollen Worte am Sarge unserer kleinen Tochter danken herzlich,
J. Rief, zurzeit a. Urlaub, und
Frau Kinna geb. Mathies.
Lübeck, den 19. September.
Grüner Weg 10b.

Allen lieben Nachbarn, Freunden und Bekannten, Genossen Stellung und Bromme, sowie dem Parteivorstand von Rostock, die uns ihre Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters

Fr. Röpke
ermiellen, sagen hiermit unsern tiefempfindlichen Dank. (4522)
A. Weiland und Frau.

Kaninchenzucht wöchentlich abzugeben gegen Kaninchenfutter. (4528)
Wett. Logberg 8, 1. Sonnt. vorm.

Verloren v. Witwe a. 9. d. M. goldene Damen-Kapseluh. Andenken an Verst. Der ehrl. Finder wird gebeten, dieselbe geg. 40 Mk. Beföhlung abzugeben.
Löhferweg 10, III. (4528)

Der behördlich genehmigte Mohr'sche

Fleischextrakt-Ersatz „Ohsena“

gibt allen Speisen einen kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb an allen fleischlosen Tagen in jeder Familie unentbehrlich. Dosen 1/2 Pfund netto Mk. 5.25, 1/4 Pfund Mk. 2.90, 1/8 Pfund Mk. 1.60. „Ohsena“ ist unbeschränkt haltbar und in den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. (4515)

Stadthallen-Theater.
Vaterländischer Abend am Sonnabend, 21. Sept. 1918, abds. 8 Uhr
veranstaltet vom Lüstm.-Inf.-Ers.-Btl. Lübeck IX./33.
Vortrag Geh. Reg.-Rat **Dr. Runkel**, Schleswig:
„Deutsche Not und deutsches Ringen“,
Kriegsdichtungen, Chorlieder des Landsturm-Chors, Volksoffer 1813, lebendes Bild nach dem Kampfschen Gemälde „Aus schwerer Zeit“, geschichtliches Szenenspiel aus dem 30jährigen Kriege in 2 Aufzügen.
Eintrittskarten zu Mk. 4.—, 3.—, 2.—, 1.— und 50 Pfg. sind in den Geschäften von **Otto Borchert**, Breite Straße 65 und **Ernst Robert**, Breite Straße 29, zu haben. (4512)

Lübecker Schützenverein e. V.
Sonntag, den 22. September
Brauerei zur Walkmühle: (4517)

Wohltätigkeitsschießen
zum Besten des Roten Kreuzes und der Unterstützungs-kasse des Lübecker Schützenvereins.
Großes Konzert
ausgeführt von der Schutzmannskapelle unter Leitung des Herrn Polizeiwachmeisters Gebrt.
Belustigungen aller Art, Kinderfestzug usw.
Beginn des Konzertes 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder in Begleitung Erwachsener frei.
Teilnahme am Schießen für jedermann.
Schießkarten à 1 Mk. für die Rote-Kreuz-Scheibe sind bei allen Mitgliedern sowie bei Herrn L. Zander, Marlesgrube 8 und A. Kuch, Obertrave 10 und in der Schießhalle zu haben. Die Schießbedingungen hängen in der Schießhalle aus. Schießzeit Sonntag und Montag von 2 bis 7 Uhr.
Sonabend, abends von 8 Uhr an: **Konzert** im Vereins-lokal Kulmbacher Bierhaus „Reichelbräu“ bei freiem Eintritt.

Augenarzt Dr. Hagemann
zurück. (4513)

LEDERSOHL
Hansa D. R. G. M.
hergestellt aus Spaltleder, künstlich begutachtet, Dreieck faul, festgelegt, jahrelang best. bewährt, leicht, elastisch, Sohlen-schoner haltend, wasser-dicht.
Verkaufsstellen:
Schumacherstr. 6.
Reiferstr. 3.
Fachsenburger Allee 48.
Reiferstr. 29. (4510)

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (4516)

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer.
Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck.
Heute abends 8 1/2 Uhr
Mitgliederversammlung
bei Ehlers, Gügstraße 110. (4527)
Der Vorstand.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettedauern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Allgemeine Kaninchenschau „Lubeca“
Am Sonntag, d. 22. September
abends 8 Uhr
Außerordentliche
Versammlung
im weißen Saale des
Stadthallen-Restaurant.
Tagesordnung:
Wichtige Punkte im Interesse der Ausstellung, Ausgabe und Annahme von Anmeldebogen.

Zu dieser Versammlung werden sämtliche Kaninchenzüchter und Kaninchenhalter, sowie Freunde und Gönner unserer Interessen mit Damen ergebenst eingeladen. (4521)
Die Ausstellungsleitung:
Ernst Mitzlaff, Hans Wede,
Wilh. Georg Wehrmann.

Hansa-Theater
Freitag: (4523)

Schwarzwaldmädel.
Sonnabend und Sonntag:
Der lachende Ehemann.
Operette v. Edmund Eißler.
Sonntag nachmittag:
Schwarzwaldmädel.

August-Schneere
G. m. b. H.:
Lübeck

Carl Ronde
Handestr. 64
Schlenschnitt, Bedarfsartikel
Fetz-Biererei

Mein Schmitt
Glandorpstraße 7
Sohlleder-erzeuger

Praktischer Wegweiser
Erreicht höchst empfehlensw. Geschäfte
Zur gef. Beachtung empfohlen

Die Biere der Schlossbrauerei Kiel
werden überall bevorzugt.

Wilhelm Rabfoht
Untertrave 112
Telephon 687
vortreffliche Bismarckbier
aus eigener Malz- u. Spitzbieren

August-Schneere
G. m. b. H.:
Lübeck

Carl Ronde
Handestr. 64
Schlenschnitt, Bedarfsartikel
Fetz-Biererei

Mein Schmitt
Glandorpstraße 7
Sohlleder-erzeuger

August-Schneere
G. m. b. H.:
Lübeck

Carl Ronde
Handestr. 64
Schlenschnitt, Bedarfsartikel
Fetz-Biererei

Mein Schmitt
Glandorpstraße 7
Sohlleder-erzeuger

August-Schneere
G. m. b. H.:
Lübeck

Carl Ronde
Handestr. 64
Schlenschnitt, Bedarfsartikel
Fetz-Biererei

Mein Schmitt
Glandorpstraße 7
Sohlleder-erzeuger

Konno bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktionsbrauerei Lübeck

Estla
Mehlschneide, Mälzerei

Estaburg
Ratzburger Aktien-Brauerei

Zur Frage der internationalen Konferenz.

Von Erik Ebert.

Arthur Henderson hat in seiner Antwort auf meine Ausführungen nicht mehr darauf bestanden, daß wir als Vorbedingung für eine internationale Konferenz die Londoner Denkschrift annehmen sollen. Er meint, es handle sich nicht darum, daß jeder Teil und jede Klausel dieser Denkschrift Annahme findet. Das setzt aber eine freie Aussprache über alle Friedensprobleme auf der internationalen Konferenz voraus, wie wir sie fordern. Henderson ist also einem wesentlichen Einwand gegen seine Stellungnahme entgegengekommen.

Henderson vermißt weiter immer noch eine genaue Umschreibung unserer Friedensbedingungen. Die gleiche Meinung ist vorher auf dem britischen Gewerkschaftskongress zum Ausdruck gekommen. Damit wird nun von neuem erwiesen, daß die in allen kriegführenden Ländern von der Zensur beherrschte Nachrichtenübermittlung die schriftliche Friedensförderung sehr erschwert, ja fast unmöglich macht. Henderson ist also einem wesentlichen Einwand gegen seine Stellungnahme entgegengekommen.

Ich kann da nur noch einmal erklären, daß wir bereit sind, auf der Grundlage der Denkschrift der Neutralen zu verhandeln. Wir sind also bereit, die Denkschrift der Neutralen zu übernehmen mit Ausschluß der belgischen und elsass-lothringischen Fragen. Unsere Stellung zu diesen beiden Fragen haben wir besonders präzisiert. Danach bestehen in der belgischen Frage zwischen uns und der neutralen Denkschrift nur in der Frage der Entschädigung Differenzen. Das aber ist eine Frage, in der in mündlicher Verhandlung unter Aufrechterhaltung des auch von Henderson anerkannten Grundsatzes: keine Strafschädigung, ein Ausgleich gesucht werden muß.

In der elsass-lothringischen Frage behaupten wir unseren bisherigen Standpunkt, der so gut begründet ist, daß wir ihn mit gutem Gewissen auch auf einer internationalen Konferenz vertreten können. Wenn Henderson die sicher in seinem Besitz befindliche Denkschrift der Neutralen und dazu unsere wiederholte Erklärung zur belgischen und elsass-lothringischen Frage zur Hand nimmt, dann hat er eine ganz genaue Umschreibung unserer Friedensforderungen, die völlig im Einklang stehen mit den Grundsätzen: Keine Annexionen, keine Kontributionen und Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

Die Frage Hendersons, ob wir die „Interessen der Welt-Demokratie über das nationale Eigeninteresse“ stellen, kann doch nur als Frage nach unserer Stellung zum Programm des Völkerbundes aufgefaßt werden. Auch darüber gibt die Denkschrift der Neutralen und noch ausführlicher unsere Stockholmer Denkschrift Auskunft. Auf diesem Gebiete bestehen ernsthafte Differenzen zwischen uns überhaupt nicht. Auch in der Stellung zur Demokratisierung Deutschlands kann über unsere entschlossene Haltung ein Zweifel nicht bestehen. Die Stellung zur Demokratisierung ist übrigens eine Frage, die der Arbeiterklasse jedes Landes ihre besonderen Pflichten auferlegt. Denn Henderson wird doch wohl nicht bestreiten wollen, daß die fortgesetzten Vorkriegsverweigerungen seiner eigenen Regierung, die nicht nur Troelstra, sondern auch ihn selbst und seine Freunde betrafen, mit den elementarsten Grundsätzen der Demokratie unvereinbar sind.

Endlich verlangt Henderson von uns die nötigen Garantien, daß die Grundsätze unserer Friedensforderungen auch von unserer Regierung bei der offiziellen Friedenskonferenz in allen Fragen Anwendung finden. Was würde Henderson antworten, wenn wir die gleiche Frage an ihn richten würden? Wenn er die letzte Rede von Lloyd George und die des Staatssekretärs Dr. Solf miteinander vergleicht, und wenn er sich weiter an die Verhinderung der Schweizer Friedensaktion durch Lloyd George

erinnert, wird er wohl zugeben müssen, daß ihm die Beschaffung der geforderten nötigen Garantien schwieriger fallen würde als uns! Viel zweckmäßiger scheint mir da ein anderer Weg zu sein. Es müßte zunächst einmal durch mündliche Verhandlung versucht werden, zu einer Verständigung über ein gemeinsames Friedensprogramm zu kommen. Gelingt das, dann ist der richtige Zeitpunkt gekommen, die von Henderson jetzt aufgeworfene Frage den Vertretern aller Länder vorzulegen und ernstlich zu beraten. Würden dann die Parteien und Gewerkschaften der kriegführenden Länder die Pflicht anerkennen, zu ihren Regierungen in schärfster Opposition zu treten, wenn sie das vereinbarte Friedensprogramm ablehnen, so würde die Sozialdemokratie Deutschlands einer solchen Verabredung ohne weiteres zustimmen. Henderson darf versichert sein, die Sozialdemokratie Deutschlands würde dann ihrer Pflicht voll und ganz gerecht werden.

Was wir wollen, ist also nicht mehr und nicht weniger als das: Bei den Vorbedingungen und Verhandlungen der Internationalen Konferenz wollen wir als Gleiche unter Gleichen erscheinen! Auch Henderson hat diesen selbstverständlichen Grundsatz früher anerkannt. Würden er und seine Freunde sich heute auf den gleichen Standpunkt stellen, so würden sie der proletarischen Internationalen, dem Frieden und der Menschheit einen großen Dienst leisten.

Die Gefahren unserer Milch-, Fett- und Fleischversorgung.

Die fleischlosen Wochen, die wir jetzt durchleben, erwecken überall die Frage: Werden sich solche fleischlosen Perioden wiederholen? Wenn man sich in der Landwirtschaft etwas umgesehen und die Landwirte angehört hat, so muß man leider jene Frage mit einem „Ja“ beantworten. Wir werden mehr solche fleischlosen Perioden bekommen und solche von längerer Dauer. Die Schuld daran liegt an dem System unserer staatlichen Vieh- und Fleischwirtschaft. Schwerefleck wird es, solange diese Wirtschaft besteht, für die Viehwirtschaftler nicht mehr geben; nur die Selbstversorger werden sich ein Schwein mästen. Warum? Nun, weil der Preis für ein 15 Pfund schweres Ferkel in der Regel höher ist als derjenige für ein Schwein von 100 Pfund Lebendgewicht. Im vergangenen Jahre hat man es zugelassen, daß für ein Ferkel 150 Mark und mehr gezahlt wurden. Ist so ein Tier dann bis auf 100 Pfund Lebendgewicht gebracht und es gefüllt dem Viehhändler übergeben, so laufen, so gibt er den Höchstpreis von 120 Mark dafür; also 20 Mark weniger, als das Ferkel kostete. Man muß also dem Landwirt zu, daß er das Risiko übernimmt, Schweine zu mästen, an denen er Arbeit, Futterkosten und womöglich noch bares Geld zuzieht, wenn sie ihm für die Fleischversorgung der Bevölkerung abgenommen werden.

Keinem einzigen Landwirt fällt es ein, das zu tun. Er mästet sich ein Schwein und damit ist die Sache abgemacht, aber es bleibt nur noch Viehzucht für den Schleichhandel. Es ist die Frage an die Ernährungsbehörde zu richten: Warum ließ sie die Ferkelpreise so hoch hinaufgehen? Sie wird sagen: Um die Schweinepreise zu verringern und die Zahl der zu mästenden Schweine auf geringere Höhe zu halten, damit die Kartoffeln für die menschliche Ernährung gesichert blieben. Das rechtfertigt aber die hohen Ferkelpreise keinesfalls. Die Landwirte sind der Ansicht, daß in mittleren und größeren Wirtschaften die Möglichkeit besteht, mehr als ein Schwein zu halten, ohne gesunde Kartoffeln zu verfüttern. Es könnte angeordnet werden: Auf je 50 preußische Morgen ein Schwein zu halten, ohne daß, wenn die für den Bedarf der Menschen nötigen Kartoffeln richtig erntet und referiert würden, die Kartoffelversorgung gefährdet werde. Die Fleischversorgung aus den Beständen des Rindviehs heraus würde ganz erheblich entlastet werden können. Und das ist dringend nötig, denn wenn diese Wirtschaft so weiter geht, dann verjagt unsere ganze Milch-, Fett- und Fleischversorgung. Heute schon gibt es Wirtschaften, die früher 40 Stück Rindvieh hatten, die sind jetzt schon bei 12 Stück und weniger angelangt. Es fehlt eine systematische Viehwirtschaft, die jedem Landwirt auferlegt, was er im kommenden Jahre insgesamt an Vieh abzuliefern hat.

Das aber ist nötig, sonst nimmt man dem Landwirt das Interesse an der Viehzucht. Heute greifen die Viehhändlerverbände willkürlich hinein in die Viehbestände des einzelnen. Wer sich am verdientesten gemacht hat, um die Aufzucht von Vieh,

und wer kein Vieh heranzieht zu Schlachtvieh, der wird bestraft mit jämmerlichem wirtschaftlichem Ruin. Er hat so und soviel Stück Vieh im Stall, so heißt es, also muß er Schlachtvieh abgeben, während sein Nachbar, der kein Vieh aufzieht, weit weniger zur Schlachtviehabgabe herangezogen werden kann. Da der Verkauf der Rinder als Nutztvieh keiner Preisbeschränkung unterliegt, so verkaufen viele Landwirte ihr Vieh als Nutztvieh; sie erhalten da oft das Doppelte dessen, was ihnen der Viehhändlerverband zahlt, wenn er es als Schlachtvieh kauft. Besonders jetzt, wo recht gute Preise erzielt werden, jagen sich viele Landwirte, wie jahren wirtschaftlich viel besser, jagen sich nicht nur kein Vieh aufziehen, sondern, wenn wir den vorhandenen Bestand, wenn möglich, als Nutztvieh verkaufen. Für den Zentner Heu gibt es jetzt 10-11 Mark hat so ein Landwirt, der anderenfalls 500 Zentner Heu an sein Rindvieh verfüttern müßte, sein Vieh verkauft, so kann er für die 500 Zentner Heu glatt 5000 Mark einstreichen. Das kann er auf dem Wege über den Magen des Viehes nie verdienen. Es besteht daher die große Gefahr, daß, wenn keine systematisch geleitete Viehwirtschaft betrieben wird, viele Wirtschaften, die ihrem Acker- und Wiesenbestande nach reichlich Vieh halten könnten, davon Abstand nehmen, weil sie ohne große Viehhaltung wirtschaftlich besser fahren. Wo kommt wir dann aber in kurzer Zeit mit unserer ganzen Milch- und Fleischversorgung hin, wenn so gehandelt wird? Sagen wir es jetzt heraus: Zum Zusammenbruch! Der Rindviehbestand ist nicht so schnell aufgezoogen, wie der Schweinebestand. Deshalb muß hier für regelmäßigen Ersatz durch Aufzucht Sorge getragen werden. Man muß alle den Landwirt einerseits anhalten zur regelmäßigen Aufzucht von Schlacht- und Milchvieh, muß ihm aber andererseits auch seine Mühe lohnen, indem man ihn vor willkürlichen Eingriffen in seinen Viehbestand schützt. Heute kommt es häufig vor, daß man dem Landwirt hochtragende Kühe oder solche, die nehmildend sind, wegnimmt. Das ruft ungeheure Erbitterung hervor und ist höchst schmerzhaft die Verjagung des Viehes mit Milch und Fett. Es läßt sich verhindern, oder läßt den Schaden für die Milch- und Fettversorgung auf ein Minimum herabmildern, wenn man vor Beginn des neuen Erntejahres jedem Landwirt sagt, was er im laufenden Jahre, entsprechend der Größe seines Bestandes — nicht entsprechend der Größe seines Viehbestandes — an Schlachtvieh aufzubringen hat. Er weiß dann, woran er ist und wird sich ganz von selbst wieder an die Aufzucht von Vieh heranmachen, da er weiß, daß er dieses Risiko nicht mehr zugunsten seines auszuweitendlichen Nachbarn zu übernehmen hat. Es muß jedem Landwirt vorgeschrieben werden, wieviel Rindvieh er zu halten hat. Man rechnet auf dem Lande auf je 10 Morgen im Gebirge, wo mehr Wiesen sind, auf je 8 Morgen ein Stück Großvieh. Kühe unter 6 Monaten sind wohl zu zählen, sollten aber nicht als Stückzahl des Bestandes gerechnet werden. Vom Vieh im Alter bis zu 1 1/2 Jahren sollten nur immer zwei Stück als Einheit in der Stückzahl des Bestandes gerechnet werden.

Nur auf diese Weise kann dem baldigen und vollständigen Ruin unserer Milch-, Fett-, Milch- und Fleischwirtschaft vorgebeugt werden. Nach mehr denn zwei Jahren Fleischrationierung muß man wissen, wieviel Fleisch wir im Jahre zur Versorgung von Heer und Volk nötig haben, und man muß schon in der Lage sein, unseren Landwirten am Beginn des Erntejahres aufgeben zu können, wieviel sie im Laufe des Jahres Vieh im Schlachtgewicht abzugeben haben, und wie groß ihr Viehbestand an Einheiten sein muß. Um alles weitere wird sich dann der Landwirt schon kümmern. Diese Organisierung der Viehwirtschaft wird uns mehr vor den fleischlosen Wochen schützen, wie die Jagd auf Geheimtatslungen. Hermann Kräyig.

Des Reichstanzlers Antwort auf die Eingabe zur Ernährungsfrage.

Reichstag, Berlin, 19. September.

Auf eine Eingabe des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften, wegen der Frage der Lebensmittelversorgung, antwortete der Reichstanzler folgendermaßen:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, wovon die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Ablicht der Feinde, Deutschland durch Hunger zu befeigen, hervortrat, bilden sie den Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, daß alles ge-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

4. Fortsetzung.
„Haben Sie,“ fragte der Untersuchungsrichter, „an dem Tage, da Ihr Mann aus dem Wasser gezogen wurde, und zwar kurz bevor man seine Leiche in Ihre Wohnung brachte, durch eine Botin einen Brief erhalten?“

„Ja,“ gab Lucie Blümmer zu.

„Von wem war dieser Brief?“

„Die Wangen der Zeugin färbten sich mit einem tiefen Rot. „Wohin ich das jagen?“ fragte sie.

„Es liegt in Ihrem Interesse, wenn Sie das jagen“, rebete ihr der Untersuchungsrichter freundlich zu.

Die Zeugin zögerte. Es war zu sehen, daß es sie eine übermenschliche Anstrengung kostete, sich zu beherrschen. Doch es gelang ihr. Die Röte auf ihrem Antlitz wandelte sich dabei zu zwei heftigen Flecken. „Der Brief war von einem meiner Bekannten, von Herrn Behrens.“

„Besitzen Sie den Brief noch?“

„Nein.“

„Haben Sie ihn vernichtet?“

„Ja, ich habe ihn verbrannt“, antwortete die Zeugin mit einem Aufatmen, so, als habe sie etwas sehr Schweres endgültig überwunden.

„Wollen Sie mir nicht sagen, was in dem Brief stand?“

fragte der Untersuchungsrichter weiter, aufmerksam, ruhig und lebenswürdig.

„Nein“, antwortete die Zeugin.

„Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie großer Unachtsamkeiten, ja sogar dem Verdacht, an dem Mord Ihres Mannes beteiligt zu sein, entgehen, wenn Sie es jagen.“

Die Zeugin schien wie aus Stein. Keine Wimper zuckte an ihr. „Nein“, wiederholte sie, ohne auch nur einen Augenblick zu überlegen.

Die Augen des Untersuchungsrichters richteten sich groß und ernsthaft auf sie. „Sagen Sie es auch dann nicht, wenn ich Ihnen bei weiterer Weigerung mit sofortiger Verhaftung drohe?“

„Auch dann nicht.“

„Dann“, sagte der Untersuchungsrichter, und sein Gesicht veränderte sich plötzlich, „tut es mir leid, Ihre sofortige Verhaftung verfügen zu müssen, wegen dringenden Verdachts der Mitschuld an der Ermordung Ihres Mannes.“

Die Zeugin lächelte leise. Dies Lächeln hatte etwas Rührendes, es sah aus, als ob es schon seit jeher auf ihren Lippen gelegen habe. „Wie Sie wollen“, sagte sie fügsam, „mir ist es egal.“

Eine Hausdurchsuchung, die sofort in der Wohnung der Verhafteten vorgenommen wurde, ergab nichts, was für Lucie Blümmer befallend gewesen wäre. Jener ominöse Brief, der mit dem Verbrechen zweifellos in einem Zusammenhang stand, schien also in der Tat vernichtet zu sein. So blieb, da ein neuerliches Verhör Lucie Blümmers gleichfalls ergebnislos verlief, nichts anderes übrig, als zu warten, bis man des Täters habhaft würde, der zweifellos geächtet war.

Um ihn zu bekommen, ergriff man unverzüglich alle nötigen Maßregeln. Leider gelang es nicht, zu ermitteln, wohin er sich gemanet hatte. Er war wie vom Erdboden verschwunden. Man telephonierte nach allen Richtungen, unterrichtete alle Dampferlinien und erließ einen Steckbrief hinter ihm. Dann wartete man ab.

Es vergingen vierzehn Tage, und man hatte schon jede Hoffnung auf eine rasche Klärung der geheimnisvollen Angelegenheit aufgegeben, als die Lösung auf höchst überraschende Weise plötzlich ganz von selbst zustande kam.

Eines Nachmittags nämlich meldete sich beim Untersuchungsrichter ein nornehm gekleideter Herr zu einer dringlichen Unterredung.

Er stellte sich als Herbert Behrens vor und erklärte mit knappen, nüchternen Worten, man möge die Unschuldigkeit, die man verhaftet habe, jogleich in Freiheit setzen, denn er, er allein, sei der Täter und schuldig.

Der Untersuchungsrichter, von dieser Wendung der Angelegenheit auf das Höchste überrascht, starrte den Mann, der sich hier so ruhig der Gerechtigkeit überließerte, wie eine Erbsenmühle an. Nur allmählich gelang es ihm, seiner Verwirrung Herr zu werden, die erforderlichen Formalitäten zu erfüllen und das Verhör, das sehr kurz war, zu protokollieren.

„Vor allem eins“, fragte er Herbert Behrens. „Wie kommt es, daß Sie nach begangener Tat die Flucht ergriffen, da Sie sich doch heute mit solcher Ruhe dem Gericht stellen? Warum stellen Sie sich nicht gleich?“

„Ich bin nicht geflohen“, antwortete Herbert Behrens in einem Tone, der erkennen ließ, daß er die Wahrheit sprach. „Ich brauchte nur einige Zeit, um meine Angelegenheiten zu ordnen. Jetzt, wo das geschehen, bin ich hier.“

Und er schilderte die Vorgänge jenes Nachmittags, wie sie sich zugetragen hatten: Wie er, nicht zum ersten Male, Justus Blümmer zu einer Ruderpartie eingeladen und wie dieser angenommen hatte. Wie er dann, was auch die zwei anderen Boote auf der Wiese bemerkt hätten, mit Justus Blümmer über Dinge, bezüglich deren er jede Auskunft verweigern mußte, in Streit geraten sei, wie Justus Blümmer es gewesen sei, der ihn angegriffen habe, so daß er, Behrens, sich in der Notwehr seiner beide entledigen mußte, wenn er nicht selber ertrinken wollte.

„Sie behaupten also, aus Notwehr gehandelt zu haben? Und Sie fanden, als Sie sahen, daß der andere ertrank, nicht den Mut, ihn zu retten?“

Herbert schien auf diesen Einwand gefaßt zu sein. „Ich gebe zu, daß dies freig von mir war,“ sagte er. „Aber ich war in jenen Augenblicken nicht Herr meiner Sinne und dachte nur daran, mich zu retten.“

Als der Untersuchungsrichter auf den Brief zu sprechen kam, den Behrens vor seiner Abreise an Lucie Blümmer hatte übergeben lassen, lehnte dieser es in einem bestimmten Tone, der eine kalte Unterwürfigkeit verriet, rundweg ab, über dessen Inhalt etwas auszulagen.

Dabei verhartete er auch, als ihn der Untersuchungsrichter vorhielt, daß eine solche Weigerung seine und Lucie Blümmers Sache nur verschlimmere, anstatt sie zu bessern, und daß, solange über diesen Punkt nicht Klarheit herrsche, an eine Haftentlassung der Frau nicht zu denken sei.

„Sie werden die Frau doch schließlich freigegeben müssen,“ sagte er ein wenig spöttisch, „da ich doch alles auf mich nehme und da für ihre Schuld auch nicht der Schein eines Beweises vorliegt. Ich erkläre klipp und klar: Der Streit mit Ihrem Manne hatte nicht sie zum Gegenstand und sie ist ohne jede Schuld!“

Dabei blieb er, jodelte ihm der andere auch zuzuhören mochte. Er schien die Sache juristisch vollkommen zu beherrschen. Er sagte das, was er wollte, und kein Wort mehr. Und so führte man ihn schließlich ab.

Man schloß bald darauf die Untersuchung und eröffnete das Hauptverfahren.

Die Anklage lautete bei Herbert Behrens auf Mord, bei Lucie Blümmer auf Beihilfe.

Die Beweisgenügens indessen nicht, eine Verurteilung wegen Mordes herbeizuführen, und so legte der Gerichtshof dem Geschworenen die Frage auf Totschlag vor.

Darauf wurde Herbert Behrens zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Lucie Blümmer wurde freigesprochen.

Sie hatte sich während der Verhandlung völlig teilnahmslos verhalten.

Herbert Behrens nahm die Strafe an.

Der Direktor hatte zu Ende gelesen. Er sah auf und betrachtete schweigend eine lange Weile den Pastor, als beobachte er, welche Wirkung das Gehörte auf diesen gemacht habe.

Der Pastor lächelte seine Brille von den Ohren, pufte sie sorgfältig und sagte: „Welch ein Schurke!“

Fortsetzung folgt.

...mang, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise entstehenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Kommissare, unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstages gebildeten Beirat, unabhängig in dieser Richtung zu handeln. Als Grund für die Lenkung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamtes an, die lediglich durch Preisanstieg eine Erhöhung der Produktion zu erzielen jche. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und der sonstige Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, wovon ein erheblicher Teil durch die Kriegsführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturnotwendig auf die Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weicht weiter Preise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber war die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet, die Preise für die hauptwichtigsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, daß die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln durchweg wesentlich niedriger waren, als die des Auslandes, und daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptfache hat beibehalten werden können. Bei der Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die Ertrgergebnisse Rücksicht genommen werden, womit die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Eingangsung der Arbeitskräfte, Ausbeutung der Pferde, Verringerung des Viehbestandes, Mangel an Düngern und sonstige Umstände, sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leitung des Betriebes müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungeübten Kräften vertreten werden. Die Beschaffung von Arbeitskräften und die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Kosten möglich, ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren. Die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist das Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf die Hebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitig die Verdrängung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei der Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwernissen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie Erzeuger stehende Maßnahme.

Dem Abstand, daß die Preise auch bei einem sachgemhen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kräfte, insbesondere der nicht zur Nhrungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Selbstwhlenden bedeuten, wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung getragen; die Aufwendungen hierfür erreichten bereits den Betrag vieler Milliarden.

Wucher, Schlachthandel und die häufigsten Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volksteilen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

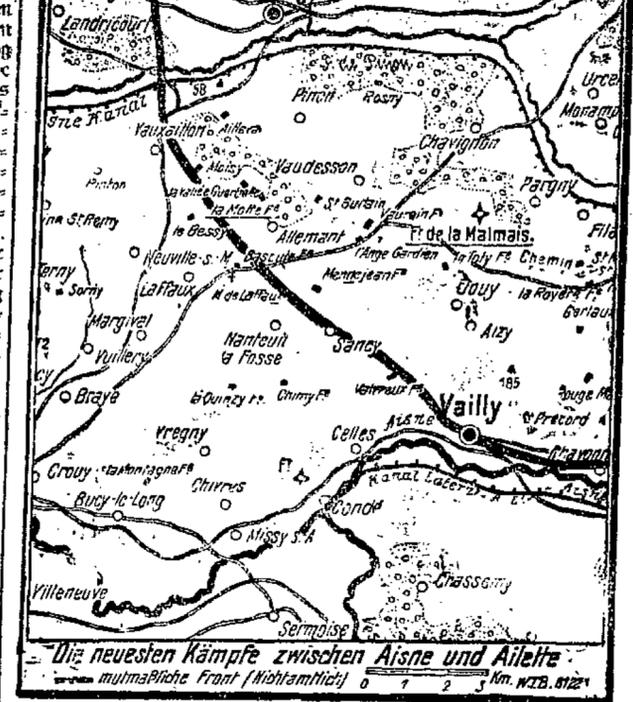
Die Ernährungslage war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzureichend besser als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungunstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotzotation eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch die Umordnung der Brotzotation vom 1. Oktober wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vordringliche Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelzotation zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfssung des gesamten Erntezberschusses sind getroffen worden. Bevor aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, sich nicht genügend übersehen lässt, kann die Inanspruchnahme einer höheren Wagenmenge nicht erwartet werden. Erntegeld die Ernte, mehr als sieben Pfund zu geben, und gestattete die Transportfrage das Rollen der dadurch bedingten Mehrgewichte, wird nicht gezwungen werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen ist, im Schlachthandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage eine allgemeine Verteilung von mehr als sieben Pfund erlaubt hätten. Der Rückgang der einzelnen, unterstützt durch das Vorkommen hoher Preise, wird es vielfach gelingen, die Mengen zu erhöhen und zu befriedigen, die bei öffentlichen Wirtschaften entgegen; es genährt dies aber auf Kosten anderer, wie auch das vergangene Jahr zeigte, indem gerade in den Gegenden, aus denen im Schlachthandel Kartoffeln herausgezogen wurden, das Lieferungsziel nicht erfüllt werden konnte.

Die Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahre nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewalttätige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Aushungerungsplne der Feinde dank der ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind.

Die Summe dieser Antwort ist: die Bevölkerung darf auf eine Besserung der Ernährungsverhältnisse nicht hoffen. Weder können nach Ansicht des Reichstages die Preise nicht gesenkt werden, noch glaubt der Kanzler eine groere Menge der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielen zu können. Wer die Verhältnisse kennt, ihre Entwicklung verfolgt hat, wird kaum anderes erwarten können. Und in der Tat: heute dem immer mehr um sich greifenden Schlachthandel und Wucher erfolgreich zu begegnen, ist ebenso schwer wie nicht unmöglich, wie mehr Erzeugnisse an Getreide, Weizen, Butter, Obst, Gemuse, Fleisch und Kartoffeln von den Erzeugern herauszuholen. Das hat das ganze Schicksal der Lebensmittelpolitik des Reiches unmöglich gemacht. Sonst vorzuziehen hätte anders verfahren werden müssen.

Die Reichsstellen haben lediglich in behördlich-bureaucratischer Organisation der Lebensmittelversorgung das Heil und befeuert diese Organisation durch ihre Preispolitik. Dies System mußte zu einem Misserfolg führen. Die einseitige Lebenserhaltung zeigt, daß stets der Appetit beim Essen kommt. Die Preispolitik mußte zu einer Scharbe ohne Ende führen, und was am schlimmsten ist: zur Zerrttelung und zum Verlust an Wchertreue führen. Dem konnte nichts weniger entgegenwirken als die behördlich-bureaucratische Organisation der Ernährung der Erzeugnisse. Der, der die Ernährung kontrolliert, ist der Ortsvorsteher, das heißt ein Erzeuger. Und wäre er der objektive und loyalste Mann der Welt, seine Interessen sind die der anderen Erzeuger. Niemand aber kann aus seiner Haut heraus, hätte man eine Organisation geschaffen, wie es die Sozialdemokratie wiederholt eindringlich gefordert hat, in der die Verbraucher und die Erzeuger bei der Ernährung zusammenwirken, so wäre zweifellos mehr herauszuwickeln. Aber die heilige Sche vor dem Jure des Groparteilichens liet keine Maßnahmen nicht zu. Und das Volk mußt dafür buen. Dabei braucht man gar nicht blind zu sein gegenüber den Leistungen der Landwirtschaft. Sie sind bedeutend und haben uns bisher vor dem Hunger bewahrt. Aber die Landwirtschaft hat darin gar nichts vor den anderen Stnden voraus. Was können unsere Kämpfer leisten? Und keine Bewandernng und Vererbung reicht aus für die Leistungen unserer Kämpfer im Soldatenstand und in der Marine. Es geht in diesem Kriege auch darum, ob die deutsche Landwirtschaft in Frieden weiter wirken soll. Soll sie nicht wenigstens für das Ziel auch etwas tun, das ihr nicht mit Gewalt bezogen werden kann?

Das System der Ernhrungsstellen des Reiches hat sich zerlegt. Wenn es kein Zerfall, Schmerz ist es heute, es zu sehen. Aber doch nicht ganz unmöglich. Und wenn der Reichskanzler in seiner Antwort den Ernhrungsbeirat des Reichstages



Die neuesten Kämpfe zwischen Aisne und Aileze

als Zeugen aufruft, so können wir nur dringend empfehlen, daß auf die Ratsschlge dieses Beirats fortan mehr gegeben werden möge als bisher. Dann könnte schon eine gewisse Besserung auch heute noch erzielt werden.

Der Dank der Heimat.

Unser Dresdner Parteiblatt bringt in seiner letzten Dienstagnummer folgenden Bericht über eine Schffengerichtsverhandlung: Das Schicksal eines Kriegsinvaliden offenbarte die Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den Arbeiter B. in Niederpoppitz wegen Diebstahls. B. hatte einen Strafbefehl erhalten, u. a. er sei für seine Kinder einige Pflanzen von einem Baume gepflnzt hatte, der im Garten des von ihm miethabenden Armenhauses zu Niederpoppitz steht. Gegen diesen Strafbefehl wegen Diebstahls (!) beantragte er gerichtliche Entscheidung. Aus der hässlichen Darstellung B.s, die allerdings auch stellenweise von etwas Bitterkeit über das ihm Widerfahrne durchsetzt war, erfuhr man folgendes: Der 34jhrige Angeklagte wohnte schon lange vor dem Kriege in Niederpoppitz und hat dort seinen Untersttzungsmohnsitz. Er hat Frau und Kinder, war Kriegsteilnehmer und wurde bei einer ländlichen Sprengung verwundet. Nach seiner Rettung war er längere Zeit im Lazarett, dann 22 Wochen in der Landesanstalt zu Ansdorf und nachdem zwölf Wochen in Colditz. Nun ist er soweit hergestellt, daß er wieder arbeiten kann; er verdient 36 Mark die Woche. Nach seinen Ausführungen hat man aber in der Gemeinde Angst, sein durch den Krieg verschuldetes, aber jetzt besetztes Leiden (Stpfen- und Kervensrung) könnte wiederkommen und die Gemeinde fnne dadurch zur Versorgung von Frau und Kindern B.s gezwungen werden. Man bemühte sich deshalb, ihn aus der Gemeinde loszuwerden und um seinen Untersttzungsmohnsitz zu bringen. Am 1. Juli sein Mietkontrakt abgelaufen war, bekam er im ganzen Dorfe keine Wohnung; kein Hausbesitzer vermietete an ihn, auch der Gemeindevorstand schaffte auf mehrfachen Ersuchen keinen Rat. Drei Tage und drei Nächte hat der beladene Mietswagen unter freiem Himmel stehen müssen, bis ihm ein mitleidiger Nachbar Raum in einem alten, unbewohnbaren Hause angewiesen hat. Da sich aber dort kein Ofen befand, wies man ihm eine Stube im Armenhause der Gemeinde an, wofür er monatlich zehn Mark bezahlte. Das Armenhaus hat nach Darstellung B.s zwei Stuben, davon ist die eine an eine Frau M. vermietet. Im Garten stehen zwei Pflaumenbäume, davon sollte einer Frau M., einer dem Angeklagten zur Aufzucht gehören. So haben es Gemeindevorstand K. und Gemeindevorstandmitglied J. ihm beim Einzuge mitgeteilt. Jetzt behauptet der Gemeindevorstand, beide Bäume gehören Frau M. Er hat an einem Tage im August für seine Kinder von dem einen Baume einige Pflanzen gepflnzt, deshalb der Strafbefehl. Weiter behauptet sich B. auch über andere Zurufordnungen, um ihm das Verbleiben in der Gemeinde zu verhindern. So bekommt er keine Lebensmittel bei den Verteilungen; als er sich zur Kriegskasse meldete, wurde er nicht angenommen, weil er früher von dort kein Eisen bezog. Um dem ganzen Streit aus dem Wege zu gehen, habe er dem Gemeindevorstand des Armenhauses das Armenhaus zu kaufen, da es doch für die Gemeinde zu klein sei; aber ihm werde alles abgelehnt, man wolle ihn eben los sein. Der als Zeuge anwesende Gemeindevorstand bestritt teilweise die Ausführungen des Angeklagten, konnte aber die meisten Tatsachen nicht widerlegen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Es hat auf Grund des Zustandes des Angeklagten angenommen, er habe im Bewusstsein seines Rechts gehandelt.

Das Vorgehen des Gemeindevorstandes ist so schfelig, daß es öffentlich an den Franzosen gestellt werden möchte. Wenn jetzt, wo das Nordland noch immer kein Ende gefunden hat, schon so mit den Kriegsinvaliden umgesprungen wird, wie wird es dann erst einige Jahre nach dem Kriege aussehen? Uns bangt davor. Allerdings mußt mit allen Mitteln versucht werden, dafür zu sorgen, daß solche fälle Einzelfälle bleiben. Die organisierte Arbeiterkammer wird sich - dessen können die Kriegsschdigten sicher sein - ihrer annehmen.

Aus der Partei.

Der Mitgliederstand der französischen Partei. Die schwache Einfluß des Organisationskomitees auf die Massen. Die Organisation hat nie der Stärke der Parteiverbreitung in der Kammer auch nur annähernd entsprochen. Der Krieg hatte natürlich auch die geringe Mitgliederzahl der französischen Arbeiterorganisation herabgesetzt, doch ist in der letzten Zeit eine kleine Besserung eingetreten, wie dem Bericht zu entnehmen ist, den der Parteisekretär Louis Dubreuil an den Parteitag erstattet hat. Im Jahre 1915 wurden 2468, 1916 fast ebensoviel, nämlich 2454 Parteimitglieder abgerechnet. Das Jahr 1917 brachte eine leichte Steigerung auf 2609. Dagegen wurden bis 31. August d. J. bereits 2411 Karten verkauft. In den ländlichen Bezirken stagniert die Partei, während sie in den Zentren der Kriegsindustrie ihren Mitgliederbestand vermehren kann. Wie wenig vermhnt die Franzosen in dieser Beziehung sind, erhält man daraus, daß die Vertreter der Partei den Zuwachs von diesen paar Tausend als "notable progression" (als "einen bemerkenswerten Fortschritt") bezeichnen!

Wirtschaftliches.

Die Handelsbilanzgewinne. In einem Erlaß an die Bundesversammlung anfertigt sich das Kriegsernhrungsamt über die dem Handel zugebilligten Zu-

schengewinne. Es heißt da u. a.: "In letzter Zeit häuft sich die Zahl der Fälle, in denen beglndete Behrdungen der Kleinhandeler an das Kriegsernhrungsamt darüber gelangen, daß einseitig die Preisspannen für den Kleinhandel, insoweit sie von den Gemeinden festgesetzt werden, zu niedrig seien, andererseits, daß die Höchstpreise für die Abgabe an den Kleinhandel überschritten werden, daß Gemeinden aus dieser nicht übermäßig bemessenen Zuschlagsquote des Kleinhandels Deckung für irgend welche nner, anderweitig erwachsende Kosten oder aber Überschüsse zu gewinnen suchen. Ich bitte, die Gemeinden und sonstige mit der Lebensmittelverteilung betraglichen Stellen darauf hinzuweisen zu wollen, daß in Zukunft bei solchen Überschreitungen nachdrücklich eingeschritten werden muß. Zur Aufklärung dürfte es sich empfehlen, den Gemeinden und sonstigen amtlichen Verwaltungsstellen mitzuteilen, daß neuerdings für den Kleinhandel durchschnittlich eine Preispanne von 25 Proz. seines Einkaufspreises benötigt wird. Für den Großhandel werden berechnet: 2,20 M. für 100 Kilo für Kollgeld usw., 7 Proz. des Einkaufspreises für Handlungskosten und 1 1/2 Proz. Reingewinn. Für die Großverteilung werden etwa 1 Proz. Unkosten zugrunde gelegt. Die genannten Sätze gelten für Waren in mittlerer Preislage. Bei billigen Waren sind die Aufschläge durchschnittlich etwas geringer, bei teureren Waren etwas höher."

Nach dieser Mitteilung des R.-E.-A. wäre zunächst dringend zu fordern, daß sich mal Kommunalverbände daran machen, die Kartoffelpreise herabzusetzen, da sie sonst geführt sein müssen, daß gegen sie nachdrücklich eingeschritten wird. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln beträgt jetzt nämlich Schnelligkeits- und Ausfuhrprmie 6,28 M. pro Zentner, der Kleinhandelspreis aber 11 M., das ist ein Preisaufschlag für Groß- und Kleinhandel von 75 Prozent. Nach den Berechnungen des R.-E.-A. dürfte die Kartoffeln als billiger Artikel aber kaum über 9 Pfz. pro Pfund im Kleinhandel kosten.

Für unsere Feldgrauen.

Gebhrnisse bei Urlaub. Die Gebhrnisse für Mannschaften, die bis zu ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst einstreifen beurlaubt werden, haben eine neuerliche Regelung gefunden. Bis zur Entlassung aus dem Heeresdienst beurlaubte haben jetzt in allen Fllen Anspruch auf Lähmung, Verpflegungsgeld und freie Fahrt

1. wenn die Entlassung hatfinden soll, weil der Betreffende wegen seines Gesundheitszustandes im Heeresdienst nicht weiter verwendet werden kann, einerlei ob ein Versorgungsverfahren eingeleitet worden ist, oder nicht;
2. die Entlassung auf eigenen Wunsch oder auf Reklamation erfolgen soll und dabei - von Urteilswegen oder auf Antrag - ein Versorgungsverfahren eingeleitet worden ist.

Keinen Anspruch auf Urlaubsgeld haben also künftig nur noch Militärpersonen, die auf eigenen Wunsch oder auf Reklamation entlassen werden sollen und bis zur Entlassung beurlaubt sind und keine Versorgungsansprüche geltend gemacht haben.

Verpflegungsabhnge sind unzulässig. Bei einem Truppenteil konnten einzelne Mannschaften ihre eisernen Nationen nicht mehr vorzeigen. Sie behaupteten, diese verloren zu haben, der Kommandeur hatte aber den Verdacht, daß sie verzeihert worden sind und ordnete deshalb für die in Frage kommenden Mannschaften Abhänge von der Verpflegung an. Das Kriegsministerium hat nun entschieden, daß dieses Verfahren unzulässig war. Kostabhnge dürfen nicht gemacht werden. Je nach Lage des Falles kann aber eine disziplinarische Bestrafung eintreten, insbesondere dann, wenn feststeht, daß der Verlust der eisernen Nation auf das Verschulden des Mannes zurückzuführen ist.

Beförderung bei Flucht aus der Kriegsgefangenschaft. Die Kriegsbeauftragtenbestimmungen haben eine erfreuliche Erweiterung erfahren. Wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde ist Beförderung in den nächsthöheren Dienstgrad zulässig und zwar mit den Gebhrnissen des höheren Dienstgrades, auch wenn eine etatsmäßige Stelle nicht frei ist. Diese Bestimmung ist jetzt dahin ausgedehnt worden, daß eine unter Lebensgefahr und besonders schwierigen Verhältnissen durchgeführte Selbstbefreiung aus der Kriegsgefangenschaft, einer vor dem Feinde unter Lebensgefahr ausgeführten hervorragenden Tat geadquaten ist.

Aus Nah und Fern.

Verzweiflungstat eines Vaters. In der Nacht zum Mittwoch wurden in Berlin in einem leerstehenden Laden des Hauses Zimmerstraße 56 der 36jhrige Bcker Otto Schardt und seine vier Kinder durch Gas vergiftet aufgefunden. Der Mann und ein Kind waren bereits tot; die anderen drei Kinder konnten ins Leben zurückgerufen werden. Schardt hatte bis zum April d. J. die Verwaltung des Hauses inne, machte diese aber wegen Krankheit seiner Frau aufgeben. Als diese vor einigen Wochen starb, brachte der Mann seine vier im Alter von ein bis zehn Jahren stehenden Kinder zu seiner Mutter und vermaute seine Würde; den Rest seiner Habglter stellte er in einem leeren Laden in der Zimmerstraße 56 unter. Am Dienstagabend erliefen der Mann plötzlich mit seinen vier Kindern im Hause und erzählte, seine Mutter könne die Kinder nicht mehr behalten, da deren Hauswirt dies nicht mehr wände. Er wolle im Laden schlafen und seine Kinder dem Wrtenhaus übergeben, da er zum Heeresdienst eingezogen sei. Gegen 11 Uhr nachts hrten Hausbewohner die Kinder laut weinen, und als der Mann nicht öffnete, holte man die Polizei. Leider ging dafür er eine Stunde Zeit verloren und als um 1 Uhr nachts die Feuerwehrr in den Laden drang, waren der Bcker und das einjährige Kind Hans bereits tot. Der verzweifelte Vater hatte sämtliche Gasbhnen geöffnet, den Gasmesser abgeschraubt und sich mit seinem jüngsten Kinde daneben gelegt. Die anderen Kinder lagen gleichfalls bewußtlos mitten im Laden; doch gelang es den Samaritern der Wehr, die drei Kinder zu retten.

Eisenbahnunglück. Aus Hersfeld wird unter dem 19. d. Mts. gemeldet: Gestern Abend stieß bei der Station Blankenheim der Bebra eine Lokomotive mit einem Güterzug zusammen. Ein Lokomotivführer und ein Schaffner fanden dabei ihren Tod. Sehr schwer verletzt wurde ein Schaffner und der andere Lokomotivführer, ein Heizer, der Zugführer und eine Hilfschaffnerin.

Schwere Erdstoe in Griechenland. Aus Athen meldet Navas: Seit drei Tagen verursachen heftige Erdstoe beträchtlichen Schaden auf der Insel Milo. Die Stadt wurde schwer heimgesucht. Zahlreiche Gebäude stürzen zusammen, darunter das Postgebäude. Die Einwohner lagern auf dem Felde.

Brandkatastrophe in einer sterreichischen Munitionsfabrik. Amtlich wird aus Wien gemeldet: In der Abteilung für Geschuppatronen-Erzeugung in der Munitionsfabrik Wöllersdorf entstand aus bisher noch nicht ganz geklärter Ursache ein Brand, welcher durch die Entzündung von Geschuppulver rasch um sich griff und durch die Panik unter den in dem betreffenden Raume beschäftigten Arbeitern leider eine große Anzahl von Opfern forderte. Infolge der sofort ergriffenen Maßnahmen ist eine Betriebsstörung der Munitionsfabrik ausgeschlossen. Die Verletzten wurden sofort in das Wiener-Neustädter Spital geschafft.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugs: Th. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sndlich in Lbz.